

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Verleger: Die national geteilte Konzerngesellschaft AG. W. Hr. Familien-
...
und Expedition: Dresden-N., Götterbühlstraße 2, Tel. 17 200. Sonntagspost:
...
Jahresabonnement: Dresden-N., Götterbühlstraße 2, Tel. 17 200. Postfach Dresden 10 800

8. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 21. Dezember 1932 Nummer 291

Schleicherdiktatur verhöhnt die Hungernden

1,80 Mark pro Familie und Monat als „Winterhilfe“ . Schleichers Nazi-Tolerierungsbanden verhindern Einberufung des Reichstages . SPD gegen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Schleicherdiktatur, gegen Aufhebung der Papennotverordnung . Kämpft gegen national- und sozialfaschistische Tolerierungspolitik, für Winterhilfe, Brot, Kartoffeln, Kohle!

Berlin, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Der Reichstagsausschuß des Reichstages trat gestern 19 Uhr zusammen, um zu dem Antrag der Kommunistischen Partei auf Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen. Arbeitsminister Sprag erhaltete Bericht über die sogenannten Winterhilfsmassnahmen der Schleicherregierung. Dieser Bericht zeigte, daß man für die hungernden Erwerbslosen nichts übrig hat.

Ganze 10 Millionen Mark sind für die Winterhilfe ausgemessen worden. Das macht pro Familie und Monat 1,80 Mark. Die sogenannten „Zuwendungen“ sollen in Gestalt von Lebensmitteln (pro Person und Monat 4 Pfund) und in verminderten Kohlen von 2 Zentnern zu je 30 Pfennig ausgegeben werden.

Wegen diese ungeheuerlichen Beschlüsse der Reichsregierung, welche die lachbare Not niemals lindern können, nahmen die kommunistischen Vertreter auf das schärfste Stellung und forderten die sofortige Einberufung des Reichstages.

Jetzt zeigte sich die ganze Erbarmlichkeit und Tolerierungspolitik der Nazis, die zusammen mit den Fugenbergleuten und dem Zentrum den kommunistischen Antrag auf sofortige Reichstags-Einberufung ablehnten. Die SPD stimmte zwar für die Einberufung des Reichstages, wandte sich aber dagegen, daß der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Schleicherregierung und der Antrag auf Aufhebung der Papennotverordnung vom 11. 8. auf die Tagesordnung gestellt würden.

Die Kommunisten forderten sofort eine Neueinberufung des Reichstages für den 27. Dezember und die Einberufung des Reichstages für den 29. Dezember.

Während der Hunger des Volkes von der schändlichen Schleicherdiktatur ins Unermessliche gesteigert wird, während man hungernden und frierenden Erwerbslosen aufs brutale verweigert und neue Notverordnungen zur Niederdrückung der kämpfenden Arbeiterklasse und ihrer einzigen Führerin aus Not und Mangel der SPD, erläßt, retten Nazis und Sozialfaschisten gegen die Schleicherregierung.

Die Erwerbslosen bekommen zu ihrem Hunger noch den Schandstempel, ihnen 1,80 Mark pro Monat und Familie als „Winterhilfe“ anzubieten.

Zu gleicher Zeit wird durch eine Veröffentlichung des bürgerlichen 8-Uhr-Abendblattes bekannt, daß den großindustriellen Interessentenverbänden jährlich 50 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung ihres Apparates zustießen.

Millionen und aber Millionen für die Trübsburggehilfe und die Großkapitalisten, Zehntelpfennige für die Opfer dieses kapitalistischen Systems, das ist das Gesicht der von den Nazis und der SPD tolerierten schändlichen Diktatur!

In dieser Tolerierungsfront stehen als soziale Hauptstütze die Führer der SPD und des ADGB. Davon können sie auch nicht abstrahieren nicht reinmachen. Wenn der „Textilarbeiter“, Organ der Gewerkschaften des ADGB, in seiner letzten Nummer schreibt: „General Schleicher ein Räuber vom reinen Wasser“ ist, so ist nichts anderes als ein schändliches Betrugsmasche, denn Schleicher ist kein Räuber, sondern ein Führer der Arbeiterklasse. In gleicher Zeit wenden sich die SPD-Führer gegen die sofortige Behandlung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen die Schleicherregierung und unterstützen damit gegen die Generaldiktatur gegen die Arbeiterklasse.

Sie gibt es nur eine: schändlichen Kampf gegen die Volkshunde von der SPD bis zur SPD! Die Erwerbslosen werden ruhig und still weiterhungern. Sie nehmen den Kampf für die Winterhilfsforderungen der Kommunistischen Partei, die fordern angesichts des latten Ueberflusses die sofortige Festsetzung der Kartoffel-, der Kohlen- und Kohlenhalben für die hungernden und frierenden Erwerbslosen!

Mehr als sieben Millionen Arbeitslose amtlich zugegeben

Am 17. Dezember tagte in Magdeburg der Provinzialrat des Sachsen des Verbandes der Vorkrieglichen Landgemeinden, Ministerialrat Schellen, Berlin, sprach über „Arbeitsbeschaffung“ und führte dabei aus:

„Die amtliche Statistik, die am 30. November rund 5,5 Millionen Arbeitslose nachweist, gebe insofern ein falsches Bild, als nicht sämtliche Arbeitslose von den Arbeitsämtern erfasst werden. In Wirklichkeit müßte mit etwas über 7 Millionen Erwerbslosen in Deutschland gerechnet werden.“

Damit ist amtlich zugegeben, daß die Zahl der Arbeitslosen mit 7 Millionen beträgt. Es sind aber noch mehr, weit über 10 Millionen.

Diese Millionenmengen hungern und frieren. Man verweigert ihnen eine lüthbare Winterhilfe, obwohl die Lebensmittel- und Kohlenlager überfüllt sind. Immer dringender muß daher die Forderung der sofortigen Beseitigung der Arbeitslosen mit Brot, Kartoffeln und Kohlen erhoben werden.

600 Textilarbeiter streiken

Bremen, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Etwa 600 Mann der Belegschaft der Norddeutschen Zellulose- u. Kammerzellmanufaktur in Delmenhorst sind unter Führung

Der Radeberger Formertreib siegreich beendet

Der Streik der Arbeiter der Formerei des Betriebes Richter und Tschadert in Radeberg konnte unter der Führung der KPD siegreich beendet werden. Der Unternehmer sah sich gezwungen, den rühmlichen Lohn sofort auszugeben.

Die Gewerkschaftslösung organisiert den Streikbruch und versucht die freigelegten organisierten Arbeiter zum Streikbruch zu bewegen.

150 Arbeiterfrauen erlämpfen Sonderunterstützung

Karlberge b. Berlin, 21. Dezember.
Während der gestrigen Tagung der Wohlfahrtskommission erschienen 150 Arbeiterfrauen mit ihren Kindern, besetzten das Zimmer der Kommission und erzwangen den Beschluß auf Herausgabe von Gutscheinen über 3 Mark für Bekleidungs-, 3 Mark für Heizung und 50 Pfennig Zulage pro Kind.

Massenkampf in leitendster Einheitsfront zwang die Bourgeoisie, den Hungernden Brot zu geben. So wie diese 150 Arbeiterfrauen müssen in ganz Deutschland die Erwerbslosen den Kampf um Winterhilfe, für Deckung der Lebensmittelvorräte und der Kohlenhalben führen!

Die neue Diktatur-Verordnung erlassen! Minenleger in der „Dresdner Volkszeitung“ gegen revolutionäre Tageskämpfe Pension für SPD-Kapitulation

(siehe im Innern der Zeitung)

Verstümmeltes Amnestiegesetz in Sachsen beschlossen

Klagt nicht nach im Kampf um die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen, die dieses verstümmelte und unzureichende Gesetz weiter in den Kerker schmachten läßt . Kämpft mit der roten Hilfe für die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Tellamnestie auch im Reich beschlossen

Zulassung sollen keine Unterstützung erhalten
Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, seinen Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz zu erheben. Der Beschluß erfolgte gegen die Stimmen Bayerns, Württembergs und Sagens.

Dieses Tellamnestie ist das Ergebnis des proletarischen Kampfes. Aber trotzdem werden noch Tausende revolutionäre Freiheitskämpfer weiter hinter den Kerkermauern schmachten. Es gilt jetzt mit allen Kräfte den Massenkampf zu verkörpern, bis auch der letzte proletarisch-politische Gefangene befreit ist.

Ein unerhöhtes Verhörungs der entlassenen Gefangenen ist die Bestimmung, daß die Freigelassenen vom Streik der Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollen. Das darf keinesfalls so bleiben. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht dulden, daß die entlassenen proletarischen Gefangenen dem Hunger überlassen werden und so erneut in die Kerker der Klassenjustiz fallen müssen. Wir werden den Kampf gegen Hunger und Frost, für ausreichende Unterstützung, für Brot, Kartoffeln, Kohlen fortsetzen.

Gründen und wegen der Durchführung von Wirtschaftskämpfen bekräftigen Arbeiter freigelassen werden sollen.

Die kommunistische Fraktion verlangte weiter in einem Änderungsantrag, daß auch die gegen Staats- und Kommunalbeamten wegen ihrer politischen Überzeugung bzw. wegen Handlungen im Interesse der Arbeiter- und Beamtenklasse sowie wegen Handlungen aus wirtschaftlicher Notlage heraus verhängten Disziplinarstrafen amnestiert werden. Weiter wird die bereits in der letzten Sitzung erhabene und mit den Stimmen der SPD abgelehnte Forderung, einen Amnestieauschuß zu bilden, erneut erhoben.

Genosse Herrmann stellte ausdrücklich fest, daß die Amnestievorlage der Regierung in direktem Widerspruch zu dem steht, was in der letzten Landtagsung beschlossen wurde. Wenn von der SPD behauptet wird, daß der bereits bestehende Prüfungsausschuß eine im Interesse der Arbeiterklasse liegende Prüfung in Streitfällen durchzuführen würde, so ist das nicht richtig. Wir verlangen einen Amnestieauschuß, der berechtigt ist, endgültige Beschlüsse für die Durchführung der Amnestie zu fassen.

Wir Kommunisten geben aus keiner Union hin, daß dieser Landtag eine wirkliche Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen bringen kann.

Wir werden nicht nachlassen, die Massen zu einem solchen Volkstum zu mobilisieren, der alle Opfer der Klassenjustiz befreien wird.

Da wir aber keine Möglichkeit, auch einer geringen Anzahl von proletarischen Gefangenen die Freiheit wiederzugeben, vorüberlassen lassen, erklären wir, daß wir auch für diese schändlich verstümmelte Vorlage stimmen werden, daß wir uns aber keineswegs damit zufrieden geben, sondern unsere Arbeit für die Befreiung aller proletarischen Gefangenen verheißt weiterführen werden.

Neue Betrugsmanöver der Sozialfaschisten

Der Sozialdemokrat Nym sagt es, die verstümmelte Vorlage der Schleicherregierung zu loben und zu verkörpern, daß sie weiter geht als die Reichsamnestie. Er ist gezwungen, den Grund des schärfsten Kampfes, den die Kommunisten in der Frage des § 218 führen, zu erklären, daß die SPD nicht dagegen steht.
(Beilage auf Seite 2)

Eine Kapitulation, die sich lohnte

Was SPD-Grzesinski, der Kapitulant des 20. Juli, an Pension erhält. Rente aus den Kassen der Scheicher-Diktatur

Genannt ist auch SPD-Arbeiter und Gewerkschaftsführer, wie erst Führer aus Kommunisten als „Verweigerung und Verweigerung“ beschimpft, als wir am 20. Juli, dem Tage des schicksalhaften Kampfes in Preußen, die Verweigerung des revolutionären Kampfes in die Hände schickten? Heute hören wir auch die dokumentarischen Beweise, warum die SPD, Seering und Braun am 20. Juli weder kämpfen wollten noch konnten, weil sie mit goldenen Tischen an das bürgerliche Regime gebunden und gelockt sind. Die SPD-Führung opponiert gegen Scheicher, aber ihre Grzesinski besteht eine monatliche Rente von etwa 2000 Mark aus den Kassen der Scheicher-Diktatur. Die SPD-Führung „opponiert“ gegen Papen, aber ihre Kapitulationen des 20. Juli lieferten von Papen regelmäßig den Geld für getane Dienste ein.

Folgender Zielwechsel zwischen dem gegenwärtigen Berliner Volkspräsidenten Weidner und dem Minister des Innern am 20. Juli abgewandten Berliner Volkspräsidenten und Sozialdemokraten Grzesinski, fiel in unsere Hände:

„Minister des Innern. Berlin, 3. November 1932. Schreiben durch P. an Grzesinski. Auf Grund des Erlasses d. M. d. J. vom 26. Oktober 1932 (S. 1231) habe ich Ihnen meine Hauptaufgabe v. 1. 11. 32 ab neben Ihren bisherigen Ministerpflichten als P. P. Teilzeitarbeitsbesitzung auf Grund Ihrer früheren Ministerpflichten in Höhe von 300,00 Mark.“

„Berlin, 6. November 1932. Das vom Herrn Minister des Innern für Sie festgesetzte Betragsgeld vom 1. Nov. 1932 legt sich wie folgt zusammen:

a) Wartegeld	11 222,- Mark
b) Ortszuschlag	302,40 Mark
11 524,40 Mark	

Die Amtsstelle Schneider hat Anweisung erhalten, die Beträge in monatlichen Bezügen auszusahlen.

a) Wartegeld	936,- Mark
b) Ortszuschlag	23,20 Mark
959,20 Mark	

Hierzu an Kürzung 212,41 Mark

Summe Zahlung 746,79 Mark. Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, daß noch ein Teil des Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Staatsminister bereits früher zugesprochenen Wartegeldes von jährlich 13 152 Mark ausgezahlt wird. Diese für diese Zahlung währendige Stelle ist die Frau- und Finanzdirektion. Diese hat Anweisung durch Herrn Min. d. J. bekommen, wie beiliegendes Viertelblatt (siehe oben).

„gr. Weidner.“ SPD-Grzesinski bekommt danach Wartegeld, nachdem noch Teilzeitarbeitsbesitzung auf Grund der früheren Ministerpflichten um 1000 in allem ein nettes Einkommen, von dem ich unter einem Regime Papen wie unter Scheicher und Hitler kein Leben führt.

Aber der SPD-Führer Grzesinski hat auch „Sorgen“, wie folgender Brief beweist: „Dresdener Botschafter. November 1932. An Herrn Vizepräsidenten Dr. Rosier. Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Nur das ich schreiben vom 16. 11. lags ich meinen besten Dank gegen Schick dieses Schreibens habe es „Näheres dem Kund auf Grund schriftlich beigefügter Genehmigung“ um die Rückzahlung für die Dienstzeit anzusetzen die 9 Jahre ... Ich darf bemerken, daß diese Genehmigung dem Schreiben nicht beiliegend und wäre für nachträgliche Überweisung dankbar. Hoffentlich ist es nicht zum Zweck der Veröffentlichung in verkehrte Hände gelangt und deshalb zurückgehalten worden. Im voraus besten Dank und vorläufige Hochachtung. Grzesinski.“

Rum sind die Dokumente doch — nein, nicht — in verkehrte, sondern in richtige Hände, in die Hände der kommunistischen Zeitung, der Organe der Arbeitermassen, gelangt! Und so

(Fortsetzung von Seite 1) wenn der § 218 namentlich in den Ausschüß mit aufgenommen wird, wie es die Kommunisten gefordert haben. Das ist die SPD aber erst, nachdem klar war, daß die kommunistischen Änderungsanträge abgelehnt wurden. Wie können alle ausdrücklich fest, daß die Sozialdemokraten hier wieder ein Handbuch zum Betrag ihrer Mitglieder und der Arbeiterkraft gemacht haben. Der Justizminister Kannefeld gibt eine Erklärung ab, daß die Regierung weiter als die Regierungsvorlage geltenden Änderungen durch das Plenum des Landtages die Regierung vorübernehmen würde, daß ein solches Amnestiegesetz angenommen würde.

Genosse Renner läßt nochmals ausdrücklich fest, daß die SPD durch die Entlassung ihrer arbeitereindlichen Einstellung zum Abtreibungsparagrafen durch die Kommunisten gezwungen wurde, ihre Haltung zu ändern und daß sie auch in der Frage der Amnestierung von Kommunal- und Staatsbeamten von der SPD unter Druck gelöst wurde, so daß die SPD Scheidter für diesen Antrag der SPD-Fraktion erklären mußte, aber gleichzeitig versuchte, ihm durch Einschränkungen und Änderungen seinen klaren Sinn zu nehmen.

Wenn der Justizminister erklärt, daß dies Vorlage die einzige ist, die die Regierung zur Annahme zulassen würde, so erklären wir: der außerparlamentarische Kampf des dritten Reiches der Arbeiterkraft wird letzten Endes bestimmen, wer aus den Justizbehörden und Gefängnissen befreit wird und wie werden dafür sorgen, daß die Korruptoren für alle Opfer der Klassenkämpfe büßen.

Kampfkraft der Schiedsrichterung

Wie die Nazis die Schiedsrichterung unterstützen, das eine hier und deutlich aus den Auslassungen Sindonoffowitsch hervor, der erklärte, daß die Kapitulation sich voll und ganz auf dem Boden der Regierungsvorlage gestützt und weder eigene Änderungsanträge einbringen, noch für irgendwelche Änderungsanträge stimmen wird.

Zu ähnlichen Auseinandersetzungen kam es bei den Ausführungen des Volksparteilagers Widmann, der eine parlamentarische Erklärung gegen das Amnestiegesetz abgab, und das Volkswortführer Dr. Wallner, der die unerbittliche Forderung des proletarischen Gefangenen als „Kumpen“ zu beschimpfen. Unter den hitlerianischen Zustufen der SPD-Fraktion, die vom Präsidenten mit Ordnungsgeld gegen die Kommunisten quittiert wurden, mußte Wallner abtreten.

In der Abstimmung wurden sowohl der kommunistische als auch der sozialdemokratische Änderungsantrag abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Die verurteilten Kommunisten löst damit in Kraft, und der Bund wurde in die Fesseln gefesselt. Im Kampf für die Befreiung des proletarischen politischen Gefangenen aber darf es keine Minute geben. Der Klassenkampf für die Befreiung des zum Tode verurteilten Arbeiters Bartl und aller proletarischen politischen Gefangenen muß möglichst verfrüht und energiegelicht werden.

erlaubt denn auch die Arbeiterkraft, was in der Gewerkschaftsaktion Hand:

„Minister des Innern. Berlin, 27. 3. 30. S. 8. 606. II. B. Nr. 1. 2045.“

Auf Grund des Paragraphen 19 Nr. 1 Ziffer 2 des Reichsstaatsangehörigkeitsgesetzes wird hierdurch genehmigt, daß der Staatsminister und Minister des Innern Albert Grzesinski die Zeit seiner politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit, die er als Gewerkschaftsleiter und Gewerkschaftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Kassel, als parlamentarischer Unterhausabgeordneter im Reichstagen, als Reichsminister des Reichsabwärtungsamtes und als Referent im Reichsarbeitsministerium, wovon neun Jahre, von 1906 bis 10. 11. 1922, also vor seinem am 20. Nov. 32 erfolgten Eintritt

Diese Dokumente des Verrats
und der schändlichsten Kapitulation mühen ausgehollt und zum Gegenstand von MassenDemonstrationen gemacht werden.
Diskutiert darüber
in Gewerkschaft, Betrieb und an der Stempelstelle!

Die neue Diktatur-Berordnung

Gelante Verhängung des faschistischen Reiches

Durch die getriggerte Notverordnung des Reichspräsidenten sind zwar eine Reihe von Maßnahmen wie die Verbotsmöglichkeiten für öffentliche Versammlungen und Demonstrationen, die Aufhebung der Presse, die Einsetzung von Sondergerichten, die Bestimmungen über das Verbot von Versammlungen und Versagen unter freiem Himmel, aufgehoben worden. Aber die noch verbleibenden Bestimmungen sind nicht in sich in ihrer ganzen Schärfe gegen die SPD und ihre Presse. Festsetzungen sollen noch in nur noch im Falle von Hochverrat und Landesverrat erlassen werden. Die Überwachung von Arbeiterorganisationen wird weiter durchgeführt.

So ist die Polizei befugt, in jede öffentliche Versammlung einzutreten zu untersuchen, ob ein anwesender Mann eingekauft oder entlassen sich jemand, wenn die Versammlung für aufgelöst erklärt wird, nicht sofort, so kann er mit einer Geldstrafe bis zu 100 Mark bestraft werden. Der Paragraph 3 betrifft die Auflösung von Vereinen und Organisationen. Wer nach Auflösung an einem Verein sich als Mitglied beteiligt oder ihn auf andere Weise unterstützt oder den organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft. Der Paragraph 6 legt fest, daß Tagesstellungen auf die Dauer von vier Wochen bis zu 6 Monaten verboten werden können.

Nach Paragraph 8 wird in das Strafgesetzbuch eine Veränderung eingefügt, wonach derjenige, der an einer Verhöhnung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben verurteilt oder ... solche Verbindungen unterhält, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft wird. Ein anderer Paragraph droht mit Gefängnisstrafen, wer öffentlich das Reich, die Länder, ihre Verfassung, ihre Flaggen oder ihre Wappen verächtlich macht oder die öffentliche Meinung durch Verleumdung und Verleumdung verächtlich macht. Diese Paragraphen verhängen das bekannte Haftgesetz und regeln Verleumdungsstrafen.

Die Bourgeoisie verliert, die empörten Massen zu beruhigen und will verheißern, daß in Wirklichkeit die Überwachung der Arbeitermassen verfrüht fortgeführt wird. Die Bestimmungen der neuen Verordnungen sind eine Handhabe, wie Lächer und noch rüchlicher Arbeiterorganisationen, die nach wie vor übermacht werden, auszulösen, proletarische Organisationen aufzulösen, die proletarische Presse bis vier Wochen und bis sechs Monate zu verbieten.

Die täglichen Urteile der Gerichte zeigen, daß auch ohne Sondergerichte mit ungeheurer Brutalität gegen die Arbeiterkraft vorgegangen wird. Noch mehr: Wenn die Arbeitermassen den Lohn weiter abgebaut wird, die keine ausreichende Winter-

hilfe erhalten, die hungern und frieren, deren Not und Elend unerbittlich ist, sich nicht zu verhalten, wie der Kammerherr Scheidter es wünscht, dann sollen nicht nur die bestehenden Bestimmungen aus höchstselbstgehandhabt sondern noch strengere scharfe Bestimmungen „draconische Maßnahmen“ erlassen werden.

In der Tat wurde mit diesen „draconischen Maßnahmen“ bereits begonnen. Das beweisen die täglich sich verändernden Verfolgungsaktionen gegen die SPD, die Verhaftung des Reichstagespräsidenten des RA, unter Fruch seiner Amtszeit als Reichstagsabgeordneter, das Beweisen die sämtlichen Verleumdungsaktionen, die Verleumdung gerade der letzten Wochen, die täglichen Gefängnis- und Zuchthausurteile gegen Arbeiter. Das beweist auch die bestehende Bestimmung, daß seit der Verleumdungsverordnung, d. h. der kleine Feindgenossenschaft, bis einschließlich 1. Januar 1933 bestrafen bleibt.

Viele Verfolgungsaktionen und die neue Paragraphen-Berordnung bedeuten die veränderte Einstellung des faschistischen Regimes die von den Nazis und auch von der SPD hinfällig zu erklären ist. Um so gewaltiger muß die revolutionäre Bewegung der Arbeiter durch die Kommunisten sein, um so härter muß die rote Einheitsfront gefestigt werden.

Es geht hier nicht um die Person Grzesinski. Sein Name trifft auf alle SPD-Führer und SPD-Minister und SPD-Verleumdungen zu, auf Seering, auf Braun, auf Rosier, auf Billew.

Das muß den SPD-Arbeitern gelte, daß sie jetzt Schritte machen müssen mit dieser Politik und mit dieser Partei. Nur gilt der Appell:

Der zur roten Einheitsfront!

Bartl wird nicht amnestiert

Verfrüht den Kampf für seine Freilassung

Weder das schändliche Amnestiegesetz noch das vom Reich angeordnete geben den am härtesten betroffenen politischen Gefangenen die Freiheit zurück. Um so härter muß der Kampf der Arbeitermassen um die Befreiung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen fortgesetzt werden. Organisiert werden! Halten stochastischen für ihre Befreiung!

In einer öffentlichen Einwohnerversammlung in Thürig, die von den Kommunalparlamenten Stellung nahm, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die sofortige Freilassung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen, insbesondere nach der Spitze des Paragraphen 218 fordert. Gleichzeitig wurde die Resolution gegen das schändliche Verhalten der SPD, daß die im Fall Bartl zu einer inhumanen Orga gegen die SPD zu bringen werden.

Eine in Reichendorf stattgefundene Kommunalversammlung der Gemeindevorstände aus 15 Gemeinden teilnahmen, die dort ebenfalls die sofortige Aufhebung des Todesurteils gegen Bartl.

Die Mitgliederversammlung der Roten Hilfe Mittel- und Ober-Sachsenland gelobt den scharfen Kampf um die Freilassung Bartls und der 9000 proletarisch-politischen Gefangenen.

SPD-Manöver und Mienen gegen revolutionäre Tageskämpfe

Volkszeitungsarbeiter aus Angst vor dem wachsenden Masseneinfluß der SPD

Die Dresdner Volkszeitung von gestern bracht einen Artikel aus der sozialfaschistischen Zeitschrift „Die Republik“ nach, in welchem Kampfspiel versucht wird, den auch den SPD-Arbeitern nicht verborgenen geliebten Vormalen der SPD als etwas „gar nicht Vorhandenes“ abzutun. Darum wählt die weiße Volkszeitung auch die von ihrem Reich und von ihrer Wut zeugende Adressat: „Die Scheinblüte der SPD“

So wird also versucht, das Wachstum der SPD lediglich als „Schein“ darzustellen. Dabei behauptet die Volkszeitung aber auch in diesem Artikel noch einmal,

daß unter Wachstum auf Kosten der SPD erfolgt und daß die besten Elemente der SPD den Weg zur kommunistischen Partei finden.

Es heißt da zum Beispiel:

„Die gemauerte Forderung der Nationalen über die Demokratie und das in der SPD leicht heilig amkei'ous Vorhalten der sozial demokratischen Minister am 20. Juli, treiben Schick, a, die lenk der SPD zu folgen pflegten, in die Gefangenschaft der SPD.“

Dies Tatsache kann die Volkszeitung auch nicht mit dem Dreck entfrachten, daß die SPD „nur bloßen Wüdherrn auszuat“ sei. Denn gerade darin liegt in die große Bedeutung des Vormalen der Kommunisten, daß sie sich die steigenden und zunehmenden Sympathien und das wachsende Vertrauen der Arbeitermassen, wie es bei allen letzten Wahlen zum Ausdruck kam, durch die Führung und Organisation der außerparlamentarischen Kämpfe um die unmittelbaren Tages- und Lebensforderungen der Arbeiter eroberten.

Die Dresdner Volkszeitung ist sich genug, das gestern an anderer Stelle selbst ausdrücklich zu behaupten. In ihrem Bericht von der Dresdner Stadtverordnetenversammlung heißt es zum Beispiel bei der Behandlung des Streits der Wohlfahrtsabteilungen über die Ausföhrungen unserer Genossin Gensauge folgendermaßen:

„Frau Gensauge: Die Wählerinnen in Wohlhabens- und haben am Freitag ihre Arbeitshilfe verlassen.“

Daraufhin hat der SPD-Stadtverordnete Franke unterer Genossin den auch in der Volkszeitung abgedruckten Zorn gemacht: „Nur Ihre Einbildung!“

Jawohl! Wo immer die Arbeiter leiden und hungern hilft ihnen die kommunistische Partei bei der Führung ihres Kampfes!

In ihrem Beitragsartikel versucht die Volkszeitung ihren Leser aber wegzunehmen: „Die kommunistische Partei ist bloße Wüdherrn!“ Und im selben Artikel heißt es schließlich sogar: „Die SPD vermag nicht für kleinste Aktionen Wähler in Gang zu setzen.“ Dabei ist auch darauf der Volkszeitung mit ihren eigenen Worten der Mund geklopft. In einem jeder auf der linken Seite stehenden Artikel schreibt sie nämlich gleichmäßig:

„Kommunisten versuchen in diesen Tagen ihre parlamentarische Unfähigkeit mit außerparlamentarischen Mitteln zu bewähren.“

So tragt sich die Volkszeitung mit ihren eigenen Worten Augen streng in diesem Artikel überhaupt zur Frage der Tageskämpfe Stellung nimmt, so tut sie das nur in der Absicht, die sozialdemokratischen Arbeiter von der Teilnahme an diesen Tageskämpfen zurückzuführen.

Das werden wir noch ausführlicher an den eigenen Worten der Dresdner Volkszeitung nachweisen.

Vor allem werden die Kommunisten aber die mit dem Volkszeitungsartikel im wesentlichen verfolgte Absicht der SPD, die SPD-Arbeiter von den Teilnahme an Tageskämpfen zurückzuführen durch deren um so mehr heuchlerische Einseitigkeit in diese Kämpfe zu drängen wissen.

Konferenz der Kriegstreiber

Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad mit chauvinistischen Demonstrationen eröffnet Frankreich mobilisiert seine Vasallen zur Verteidigung seiner Vormachtstellung

Belgrad, 19. Dezember. Am letzten Sonntag hat in der Hauptstadt Jugoslawiens die Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente-Mächte, d. h. Jugoslawiens, Rumäniens und der Tschechoslowakei stattgefunden. Auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen die Fragen der militärischen Organisation, die Frage einer ökonomischen Organisation der Kleinen Entente, die Frage der Reparationen und die Frage der Koordination der Friedensverträge. Zu dieser letzteren Frage wird am Montag die Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente-Mächte ganz allgemein eine Resolution der Beschlüsse unter feiner Umkleidung verabschieden.

Die Konferenz ist durchaus nicht so harmlos, als man bei oberflächlicher Betrachtung der Tagesordnung meinen könnte. Besonders für den gefährlichen Charakter dieser imperialistischen Konferenz ist schon allein die Tatsache, daß zur Festlegung der Konferenz von den tatsächlichen Regierungsorganisationen chauvinistische Kundgebungen in den Straßen von Belgrad veranstaltet wurden, die sich offen gegen Italien richteten. Die Teilnehmer wollten das Gebäude der italienischen Botschaft zerstören und tragen Transparente: „Nieder mit Italien!“ Mit dieser Unschönheit hat die Gegenlage zupacken, geht daraus hervor, daß die Italiener in Italien nicht nur Gegenmaßnahmen veranlassen, sondern daß die italienische Regierung auch eine Protestnote in Belgrad angefordert hat.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Unterzeichnung der Konferenz auf die Initiative des französischen Imperialismus erfolgte, der sich seiner Vasallenstaaten im Kampf um die Aufrechterhaltung seiner Vormachtstellung bedient. Im Vordergrund stehen die deutsch-französischen und französisch-italienischen Beziehungen. Die Tagung der Kleinen Entente ist eine deutliche

Demonstration des französischen Imperialismus, daß er alle Kräfte mobilisieren wird, um das Verfallende System aufrechtzuerhalten und die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus zurückzuschlagen.

Die chauvinistischen Demonstrationen am Tage der Zusammenkunft dieser imperialistischen Konferenz sind ein lebendiger Beweis dafür, daß der Kampf zwischen dem französischen und italienischen Imperialismus um die Hegemonie in Mittel- und Südosteuropa in ein höchst verärgertes Stadium getreten ist. Die französische Presse schreibt ganz offen, der Hauptzweck der in Belgrad stattfindenden Konferenz der Kleinen Entente ist die Erörterung der italienischen Politik in Dalmatien und Mittel- und Südosteuropa. Der italienische Imperialismus versucht, durch Geheimbündnisse mit Ungarn und Österreich den französischen Einfluss in Mittel- und Südosteuropa zurückzubringen. Der französische Imperialismus antwortet mit einer Mobilisierung seiner Vasallenstaaten. Drute spielt sich dieser Kampf noch in der Form diplomatischer Intrigen und chauvinistischer Kundgebungen ab. Aber schon kommen die ersten Meldungen über Truppenzusammenschlüsse an den Grenzen Dalmatiens, und mit Bewusstsein nähert man sich dem Punkt, wo die Kanonen und Maschinen-gewehre zu sprechen beginnen.

Die Anwesenheit des rumänischen Außenministers Titulescu in Belgrad läßt Zweifel darüber, daß neben den imperialistischen Gegenständen die Frage der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion mit im Mittelpunkt der Konferenz der Kleinen Entente steht. In den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten spielt die Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad eine nicht geringe Rolle und hat alarmierende Bedeutung für das Weltproletariat.

Streikwelle und Soldatenmeutereien in Griechenland

Athen, 20. Dezember. Nach noch Verdringung des Arbeitslosheitsstreiks geht die Streikwelle, die sich besonders in Griechenland überströmte, weiter. In Athen ist nach dem Beispiel von Kithira die Bäckereiarbeiter geschlossen zu den Streik getreten. Es gibt keinen einzigen Streikführer. Die Streikverfolgung ist fast völlig lahmgelegt. In Saloniki streiken die Arbeiter der Schuhfabriken sämtlicher Betriebe.

Der Schuharbeiterstreik in Thessaloniki hat in drei Betrieben bereits mit einem vollen Sieg der streikenden Beschäftigten geendet. In Athen waren die Arbeiter von 26 Betrieben in der Streik getreten. In 17 Betrieben haben die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt, in den übrigen neun Betrieben geht der Streik weiter.

Symptomatisch für den revolutionären Aufschwung in Griechenland ist die Tatsache, daß neben den Massenstreiks immer häufiger Meutereien der Soldaten zu verzeichnen sind. So meuterten die Soldaten des 2. Regiments in Trikala (Thessalien) wegen des schlechten Offens. Nur mit großer Mühe gelang es, die Meuterei niederzuschlagen. Zahlreiche Soldaten wurden nach dem Verbannungsort „Kalpat“ deportiert.

Um die Verbesserung der Versorgung der Werttätigen

Beschlüsse des Rates der Volkskommissare und des ZK der KPSU.

Moskau, 20. Dezember. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei haben am Montag drei Beschlüsse über die Wirtschaft- und Ernährungsfrage veröffentlicht. In der ersten Beschlusse wird eine Neubildung der Fischereigenossenschaften angeordnet. Den Genossenschaften wird der Verkauf ihrer Erzeugnisse auf dem freien Markt nur dann gestattet, wenn sie ihren Verpflichtungen dem Staate gegenüber nachgekommen sind. Die Behörden haben darauf zu achten, daß bei dem Verkauf der Fischereierzeugnisse auf dem freien Markt der Privathandel ausgeschlossen ist.

Die zweite Beschlusse regelt die Beziehungen zwischen den Kollektivwirtschaften und der Sowjetregierung. Sollten die Kollektivwirtschaften mit der Lieferung des Getreides im Rückstand bleiben, so haben diese innerhalb des nächsten Monats den fehlenden Teil abzuliefern, andernfalls ist das Getreide auf Kosten der Kollektivwirtschaft auf dem freien Markt anzukaufen.

In der dritten Beschlusse wird die Organisation der Lebensmittelversorgung für eine Anzahl von Betrieben den Betriebsräten übergeben, zu erweitern. Die Betriebsräte bilden von jetzt an einen ständigen Apparat für die Lebensmittelversorgung und haben Spekulationen mit Lebensmitteln zu unterbinden.

Die dritte Beschlusse regelt die Beziehungen zwischen den Kollektivwirtschaften und der Sowjetregierung. Sollten die Kollektivwirtschaften mit der Lieferung des Getreides im Rückstand bleiben, so haben diese innerhalb des nächsten Monats den fehlenden Teil abzuliefern, andernfalls ist das Getreide auf Kosten der Kollektivwirtschaft auf dem freien Markt anzukaufen.

In der dritten Beschlusse wird die Organisation der Lebensmittelversorgung für eine Anzahl von Betrieben den Betriebsräten übergeben, zu erweitern. Die Betriebsräte bilden von jetzt an einen ständigen Apparat für die Lebensmittelversorgung und haben Spekulationen mit Lebensmitteln zu unterbinden.

Arbeitslosentämpfe in allen Ländern

Neue Kundgebungen vor dem englischen Unterhaus

London, 20. Dezember. Die englische Bourgeoisie glaubte, durch die Entlassung der Führer der englischen Arbeitslosenbewegung die Demonstrationen der Arbeitslosen verhindern zu können. Aber wenige Stunden bereits, nachdem das Urteil gegen den Genossen Tom Mann gefällt worden war, mußte sie sich davon überzeugen, daß die revolutionäre Arbeitslosenbewegung nicht durch Terrorakte niedergeschlagen werden kann. Selbst erließen eine Abordnung der Arbeitslosenbewegung, die eine Petition zur Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung überreichte, die von über einer Million Arbeitslosen unterschrieben war. Vor dem Unterhaus sammelten sich innerhalb von wenigen Minuten tausende von Arbeitslosen, um die Forderungen ihrer Abordnung durch Kundgebungen zu unterstützen. Unter dem Druck der Massen wurde die Abordnung von dem Arbeitsminister Bettison empfangen, die Forderungen der Arbeitslosen jedoch abgelehnt. Es kam darauf zu Demonstrationen sowohl vor dem Parlament, wie auf der Tribüne des Unterhauses. Ein Arbeitsloser hielt von der Tribüne eine Ansprache und forderte die Fortsetzung der Abordnung in der Tagung des Unterhauses. Er erklärte, das ganze Parlament sei ein Schwindel, die Abordnung hätten keine Reden, aber ließen die Kinder verschumpfen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Budapest Arbeitslose kürzen Lebensmittel-Gehalt

Budapest, 20. Dezember. Gestern demonstrierten, trotz des schärfsten Polizeiterrors, Hunderte von Arbeitslosen in der Rakocsi-Strasse. Die Menge drang in ein großes Fleischereigehäuse ein und bemächtigte sich eines Teiles des Fleisches und Würstchen. Die Polizeiposten waren machtlos und ehe die Verhaftungen herangeholt werden konnten, hatten sich die Demonstranten bereits zerstreut.

Die tschechischen Arbeitslosen im Kampf

Prag, 20. Dezember. In der ganzen Tschechoslowakei ist eine große Massenaktion der Arbeitslosen im Gange. Auf zahlreichen Gemeinde- und Bezirksämtern erschienen Massenabteilungen der Arbeitslosen, die je 200 Personen zählten. In Trebitz und Kobjovice demonstrierten die Arbeitslosen während der Sitzung der Gemeinderatung. In Trebitz kam es zu Zusammenstößen mit der Gendarmrie. In Kobjovice demonstrierten tausende Arbeiter für ihre Forderungen. Als die Gendarmrie mit geladtem Bajonett gegen die Arbeiter vorging, leisteten die Massen heroischen Widerstand, doch in wenigen Minuten der Rorden der Gendarmrie durchbrochen war. Unter dem Druck der Arbeitslosen Demonstrationen sah sich der Bezirkshauptmann in Trebitz gezwungen, die Auszahlung einer Weihnachtsgeldhilfe an die Arbeitslosen zuzulassen, während in vielen anderen Orten außerdem noch die Bewilligung gegeben wurde, in den Stadtwäldern Brennholz zu sammeln.

Generalprobe zum imperialistischen Krieg

Große Flottenmanöver Amerikas und Japans im Stillen Ozean

Tokio, 20. Dezember. Die japanische Admiralität hat beschlossen, mit Beginn vom 1. Februar große Manöver des japanischen Marine unter Leitung des Admirals im Stillen Ozean zu veranstalten. Die ungeheure Bedeutung dieser Manöver geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Flotte der Vereinigten Staaten ebenfalls im Januar im Stillen Ozean große Flottenmanöver veranstaltet, so daß man tatsächlich von einer Generalprobe zum imperialistischen Krieg sprechen kann. Die beiden großen imperialistischen Seemächte im Stillen Ozean abhalten.

Seng-sai Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

Fortsetzung

Gewöhnlich mußten die Bauern, die auf dem Wasserwege nach der Stadt kamen, um Dünger einzukaufen und am Landungsplatz abzuladen, einen Kohnschiff entrichten. Verweigerte der Bauer die Zahlung, so wurde ihm das Steuer beschlagnahmt und nur gegen Zahlung von einigen Dollars Kohnschiff zurückgegeben. Die Bauern hatten darüber empört. Unter Bauernbund hob diesen Kohn auf dem unteren Reichshaupt wahrzunehmen, griffen wir zu folgendem Mittel: Wenn irgendein Städter durch unselektierte Dörfer fuhr, oder ein Kahn aus der Stadt anlangte, verlangten wir die Entrichtung eines „Wegzollens“. Da man ihn nicht zahlen, verweigerten auch wir die Zahlung die „Dammzölle“, die die Städter eingezogen hatten, gingen allmählich ein.

Den Streikleitenden, die unter den Bauern häufig vorkamen, schenken wir gleichfalls Beachtung. Behörden und Bürger lassen ihr mögliches, um diese Reden zu hören und die Bauern zu veranlassen, vor Gericht zu gehen, wo man sie bis zum Weibhüten ausbeutete. Wir erließen einen Kufur, in dem wir den Bauern geboten, daß alle unter den Mitgliedern unseres Bundes vorkommenden Streitigkeiten vor den Bund zu bringen seien. Von diesem Augenblicke an blühten die Behörden auf dem Lande ihr Knien ein — es ging an den Bauernbund über. Die Einkünfte der Bezirkspolizeiamter und die Gerichtsportien verringerten sich sehr bedeutend, was den Hof der Beamten und Bürger gegen unseren Bund nur noch reizte. Außerdem trug die geistliche Schikane der unter den Bauern vorkommenden Streitigkeiten, wie auch die vom Bund erzielten Erfolge viel zum stetigen Wachstum der Zahl seiner Mitglieder bei.

Im September 1922 zählte der Bund über 500 Mitglieder. Im September fand auch die Feier der Gründung des Bauernbundes im Bezirk Tschiang statt.

Dieser Feier wohnten alle Mitglieder des Bundes bei, wie auch einige Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz, darunter der Leiter der höheren Volksschule Jan-Schi-Tschang, die beide Reden hielten. Die Feier verlief erfolgreich.

Das Ansehen des Bundes war in Ritem Steigen begriffen. Täglich zeigten durchschnittlich nicht weniger als zehn Bauern Kohnschiffe ein.

Wir entstellten eine rege Propaganda. Kein Tag, keine Nacht verging, ohne daß wir in irgendeinem Dorfe Versammlungen abhielten. Vom Oktober an ging die Zahl der täglich einlaufenden Beitrittsanträge in die zwanzig. In zehn Bezirken wurden Bezirksbauernbünde ins Leben getreten, die die Bezirkspolizei einstellten. Wir begannen für die Gründung eines Bauernbundes für das ganze Hai-Feng-Gebiet zu rufen.

Der Bauernbund eröffnete an der Hauptstraße von Hai-Feng eine Apotheke, wo die Bauern auch ärztlichen Rat erhielten. Ein Arzt, der der Bauernbewegung wärmste Teilnahme entgegenbrachte, leitete die Apotheke und leitete ärztlichen Beistand. Behörden erhielten die Mitglieder des Bundes amoniert, für die Armenen brauchten sie nur den halben Preis zu zahlen. Die Frau des Arztes, eine Hedamme, arbeitete unentgeltlich als Gesundheitsfürsorge. Kein Wunder, daß sich die Nachfrage nach Arzneien und Gesundheitshilfen bedeutend steigerte, wie wurden sogar energisch gegen die Mißbräuche einsetzten, die hier Platz griffen, da Richtmitleidliche Mißliebte stützten, um diese Verhältnisse zu genießen.

Am ersten Tage des Monats des zwölften Jahres der Republik (am 1. Januar 1923) fand die Gründungsfeier des vereinigten Bauernbundes im ganz Hai-Feng statt. Damals gehörten schon gegen zwanzigtausend Familien, insgesamt ungefähr hunderttausend Personen oder der dritte Teil der Bevölkerung des ganzen Bezirkes Hai-Feng dem Bund an. Zur Feier trafen ungefähr 60 Delegierte aus allen Gemeinden ein. Ich wurde zum Vorsitzenden des vereinigten Bauernbundes gewählt, Tschang-Mo-Kang zum Kontrollleur, Lin-Feng zum Sekretär, Sun-Tschang zum Leiter der Finanzabteilung. Die Namen der übrigen sind mir entfallen.

Die Schüler der höheren Volks- und Mittelschulen, wie auch ein Teil der Intelligenz, begannen allmählich Interesse für den Bauernbund zu bekunden und ihm ihre Dienste anzubieten. Sie wurden zu Propagandawerben herangezogen; die Werkverdiener nahen verschiedene Formen an. In jeder Gemeinde fanden an bestimmten Tagen Versammlungen statt, zu denen die Propagandalektionen kamen entsandten. Wandpropagandisten jagten von Ort zu Ort. Waren irgendwo Wettkämpfe, religiöse Feiern, Theaterspielungen u. s. w. angelegt, so benutzten die Bauern den Tag vorher den Bund, der keine Vergeltung an den betreffenden Tag ließ.

Der Bauernbund stellte eine neue Forderung auf — und die lautet: Organisiert Bauernschulen! Die Bauernschulen hatten es sich zur Aufgabe gestellt, den Bauernkindern das Rechnen beizubringen, damit die Grundbesitzer sie nicht länger bemögen können. Ferner sollten sie dort lernen, Briefe zu schreiben, die Hieroglyphen zu unterscheiden, die die verschiedenen Getreidearten und landwirtschaftlichen Geräte besähen und die Geschichte der Bauernbundes zu führen. Mit dieser Einstellung erklärten die Bauern sich vollkommen einverstanden.

Der Bund betrieb gute Lehrer, stellte die nötigen Räume zu Verfügung, erhob kein Schulgeld. Wie hätten die Bauern zu nicht zufrieden sein sollen? Aus welchen Sinnlosigkeiten sollten aber die Schulausgaben gedeckt werden?

Die Schule nahm beim Grundbesitzer ein Grundstück in Pacht. Das Geld für Pachtzins und Düngemittel legte der Bund aus. Das erforderliche Inventar — Lehrbücher, Tische u. s. w. wurden von den Eltern und Vätern der Schüler geliefert, die auch pflügten und säten. Zur Heizung pflegte der Lehrer mit den Schülern auf die Weide hinaus. Er teilte sie in vier Gruppen ein, deren jede eine bestimmte Fläche angezogen erhielt; sie traten in Wettbewerb, wer am schnellsten mit der Hand fertig wird. Man diese Weise werden die Schulmeister nicht bloß zu nützlicher Arbeit angehalten, sondern auch in der Landwirtschaft unterweisen.

Die Ernte wird von Eltern und Vätern der Schüler eingebracht. Der Reis, der nach Entrichtung des Pachtzins abzurückbleibt, wird dem Lehrer überlassen.

Es war ein Monat nach der Eröffnung der ersten Schule dieser Art vergangen, als schon in mehreren Gemeinden benachbarte Schulen ins Leben getreten wurden, darunter einige Identitäten. Wie unterschieden sie der Leitung und der Kontrolle der Section für Bildungswesen des Bauernbundes.

Über Hauptstadt Kanton wurden auf diese Weise unterrichtet.

Die landwirtschaftlichen Section des Bundes konnte nicht viel anrichten; erstens fehlte es an Fachleuten, zweitens war ihre Erziehung der Ertragsfähigkeit bei dem bestehenden Pachtverhältnis nur dem Grundbesitzer zugute gekommen. Die Bauern haben den Grund und Boden als fremden Besitz an, so werden nicht einmal viel Dünge benutzbar. Doch beschloß der Bund, die Bauern zur Waldpflanzung auf dem Bergabhängen anzuhelfen, um ihren Notstand die Ernährung des Grundbesitzers zu beheben.

Georgijew 1923

Proletenfinder in Hunger und Frost!

Statt Milch und Kleider werden Hunger und falschliche Schulreife besorgt

Arbeitereatern und -finder - eine Front!

Hunger über Deutschland! - Elend in den Städten. Das ganze Elendstreck der Erwerbslosen wächst. Die Löhne der Arbeiter sinken und reichen nirgends mehr hin. In den Arbeiterfamilien ist Not und Hunger. Die Not und das Elend in den Arbeiterquartieren wuchert in besonderer Weise über die junge Generation des Proletariats - das Proletenfinden.

Hunger über Deutschland! - Elend in den Städten.

Die Löhne der Arbeiter sinken und reichen nirgends mehr hin. In den Arbeiterfamilien ist Not und Hunger. Die Not und das Elend in den Arbeiterquartieren wuchert in besonderer Weise über die junge Generation des Proletariats - das Proletenfinden.

Bettelnde Schulfinder

Das unermessliche Elend der Kinder steigert sich. Es ist als besonders unheimlich anzusehen, daß die Bettelnde Presse (T.M.) die ganze Schicht folgendermaßen beschreiben:

Am 15. Dezember. Man hat jetzt in der Stadt und in der Umgebung die bedauerliche Beobachtung machen können, daß viele Schulfinder zum Betteln angehalten werden. Die Kinder lamentieren den Erwachsenen, daß sie keine Nahrungsmittel oder andere Dinge und das auf Bargeld beziehen, das dann vermischt wird.

Man kann man das tatsächlich vorhandene Elend nicht einschätzen. Willen diese Heuschler nichts anderes, als die arme und lindernde Proletenfinder frech zu verhöhnen. Die Proletenfinder dürfen hier auch die proletarische Antwort nicht fehlen. Aus der proletarischen Presse aus euren Reihen. Nur die revolutionäre Presse, die Arbeiterstimme, die mit aller Macht für die rasche Errichtung des proletarischen Kampfes gegen Hunger, Frost und Bettelndung.

75 Prozent haben kein eigenes Bett

Am 15. Dezember 1931 wurde das Ergebnis einer Untersuchung über die Wohnverhältnisse der Arbeiterfamilien im Jahr 1931 veröffentlicht.

Nur 25 Prozent der Kinder in einem Durchschnittsalter von 12 Jahren schlafen in einem Bett allein. Zwei Drittel der Kinder schlafen zu zweit, die übrigen zu dreien, je nachdem in einem Bett. In fast ein Drittel der Fälle schlafen Kinder beiderlei Geschlechts in einem Bett.

Die amtliche Denkschrift des Wohlfahrtsministeriums vom 15. Dezember 1931.

Nur 10 Prozent der Kinder schlafen in einem Bett.

Das heute? Heute ist dieser Prozentsatz noch wesentlich höher. Die heutige Verhältnisse der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterfamilien bringt diese Zahlen abwärts gleichem Bewegung der Kulturarbeit und der Kinderarbeit mit sich. Es liegt sich die der mahnungswürdige, ausmaßlose Anstieg des kapitalistischen Elends.

Leerer Magen - Gramme Haltung!

Proleten wollte nach größerem schaffen als die Finanzarmee. Die Hitler Jugend hat. Proleten wollte eine große allumfassende nationale Sportorganisation ins Leben rufen, in der die deutsche Jugend „erzähnt“ werden sollte. Schlechter, führten diesen Kurs natürlich verfehlt durch.

Die Begründung für diese Forderung liegt so aus:

Als Folge der ungewöhnlichen großen Arbeitslosigkeit ist die wachsende Vermehrung der Jugend eingetreten. Es sind Maßnahmen erforderlich, um durch Erziehung der Jugend die heranwachsende Jugend zu bilden und durch die Erziehung der Jugend die heranwachsende Jugend zu bilden und durch die Erziehung der Jugend die heranwachsende Jugend zu bilden.

Das Stützpunkt der Reichsleitung für Jugendberufshilfe ist die Hauptleitung dieses Gebiets.

Kinderausbeutung

Der Dresdner Lehrereigenen bittet um Berücksichtigung folgenden Materials:

Es erscheint mir notwendig, wenn in der Zeit der ungeheuren Arbeitslosigkeit, da Tausende von arbeitswilligen, fröhlichen Kindern keine Beschäftigung finden können, aufmerksamer gemacht werden muß, daß vollqualifizierte Kinder noch so oft zu unzureichender Lohnarbeit in Handel und Gewerbe herangezogen werden. Am Schulaufsichtsbüro Dresden sind jährlich 1000 Kinder in den Volksschulen vorgekommen, um die Zahl der Entlohnung beschäftigten Kinder erhalten und die betrügerische Ausbeutung der Kinder zu verhindern.

Gedernummer der RSD

„Ein Ruf in alle Dörfer“

Die Nummer 15 der Illustrierten Wasserleitung erscheint am Mittwoch, den 21. Dezember als

Sondernummer zur Veröffentlichung über die bedeutungsvolle Tagung des Reichsbauernrates vom 8. bis 11. Dezember.

Abholung von Kassenbüchern und Kassenbüchern an die Kassenstellen, Büchsen usw.

Die Kassenstellen Beamtenzubehälter und Beamtenwitwen erhalten am 21. Dezember 1932 auf ihre Dezemberbezüge eine weitere Abschlagszahlung von einem Drittel des Monatsbezuges. Die Arbeiterlohnempfänger und die Witwen Kassenstellen dagegen die teilsweise Dezemberbezüge durch die Kassenstellen Kassenstellen während der üblichen Kassenstellen ausstellen.

Gleichzeitig werden die Kassenstellen Beamtenzubehälter und Beamtenwitwen darauf aufmerksam gemacht, daß die Steuerarten auf das Jahr 1933 zur Vermeidung von finanziellen Nachteilen spätestens bis Ende dieses Monats an den Rat zu Dresden, Vertriebsamt, Neues Rathaus, Zimmer 273, abzugeben sind.

Schöne Bundesbibliothek. Die Bundesbibliothek (Japanisches Palais) in Dresden ist vom 24. bis 26. Dezember geschlossen. Vom 27. bis 31. Dezember ist sie aus Erspäntungsgründen bis 14 Uhr geöffnet.

träger - tätig sind. Die Zahl der in Haushalten arbeitenden Kinder, das sind besonders Mädchen, beträgt nur ungefähr ein Fünftel derer, die im Handel und Gewerbe eine Stellung gefunden haben. Es müßten sich also doch nicht wenige Kinder in das Getriebe und Gebälge des kapitalistischen Arbeitslebens einfügen. Daß das für sie Gefahren hat, die nicht gering zu schätzen sind, ist jedem Einseitigen klar. Nicht vergessen werden darf dabei, daß die Kinder den Pflichten und Aufgaben der Schule oft mit dem besten Willen nicht nachkommen können. Die wirtschaftliche Lage vieler Eltern zwingt heute dazu, mit den wenigen Erträgen, die ihre Kinder verdienen, zu rechnen.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß der Dresdner Lehrereigenen nicht alle Fälle der Kinderausbeutung kennt. Die Kinder

Vorstoß der Genossenschaftsopposition in Rähnik

Am 14. Dezember tagte eine Mitgliederversammlung der 25. Bezirksstelle in Rähnik. Trotzdem von verschiedenen Seiten verhindert wurde, die organisierten Verbraucher vom Besuche der Versammlung abzuhalten, hatten sich über 350 Personen eingefunden, um das Sekretariat des Genossenschafters Friedel aus Dresden-Cotta, der 22 Jahre als Mitglied des Konsumvereins davon 9 Jahre als Vertreter, tätig war, zu hören. Genosse Friedel sprach über das Thema: „Was geht im Konsumverein vor?“ In seinen Ausführungen sagte er Tatsachen auf, die den Mitgliedern in Rähnik immerhin noch fremd waren. Sehr erregt war man über das Einlegen eines neuen Vorstandsmitglied in der Person des Sekretärs Schiller. Durch die einleitenden Ausführungen des Genossen A. wurde die Genossenschaftsopposition und ihre verbraucherrechtliche Politik schonungslos bloßgelegt. Genosse A. forderte die Anwesenden auf, nicht aus der Genossenschaft auszutreten, sondern innerhalb dieser reformistischen Organisation den Kampf um die Interessen der revolutionären Arbeiterklasse zu führen. Die Diskussion nahm die gleiche Stellung gegen die Genossenschaftsopposition ein wie der Sekretär.

Folgende Entschließung wurde gegen 12 Stimmen angenommen:

„Die heute tagende Mitgliederversammlung der 25. Bezirksstelle Rähnik des Konsumvereins bittet die Genossenschaftsopposition, welche die in der letzten Vertreterversammlung gefassten Beschlüsse wieder außer Kraft legt und daher folgendes bezieht:

1. Auszahlung der Rückvergütung für das verfallene Geschäftsjahr in Höhe von 5 Prozent in bar.
2. Keine Einbehaltung des Geschäftsanteiles aller Erwerbslosen, Klein-, Kriegs- und Sozialrentner sowie Kurzarbeiter und Mitglieder mit linderreichen Familien.
3. Die Auflösung der Mitgliedschaft kann drei Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres erfolgen und erfolgt mit Ablauf desselben.
4. Die Auszahlung des Geschäftsanteiles sowie der Rückvergütung in Höhe von 5 Prozent erfolgt drei Monate nach Auflösung der Mitgliedschaft.
5. Alle über 100 Mark betragenden Monatsgehälter der Mitglieder sind sofort auf diesen Betrag herabzusetzen. Außerdem wurde noch folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Genosse Friedel (der Sekretär) ist sofort wieder in die Genossenschaft aufzunehmen.“

Konsumgenossenschaftler von Rähnik! Am 4. Januar findet eine Konferenz der Genossenschaft statt. Ergreift dafür, daß revolutionäre Delegierte die Interessen der wertvollen Verbraucher auf dieser Konferenz wahrnehmen.

Jünger Jesu unterschlägt Riefennummen

Vor dem Dresdner Schöffengericht hatte sich am Sonnabend der erste Vorsitzende des Dresdner Vereins der „Kirche Jesu Christi“ zu den heiligen letzten Tagen“ zu verantworten. Der 53jährige Büroangestellte Bruno Richter hatte als Vorstand des Vereins eine Reihe von ihm im Jahre 1931 teilten Geldern unterschlagen. Es handelt sich um eine Summe von circa 1000 Mark. Zum größten Schicksal hatte er aus, als er auf das in der Königstraße Straße gelegene Grundstück des Vereins ein Waldmännchen von 10000 Mark eintragen ließ, von der er allerdings nur 4100 Mark erhalten hatte. Der Rest wurde teils durch Provisionen verbraucht, teils hinterlegt Richter erklärte, daß er für seine geleistete Vereinsarbeit Entschädigungsleistungen gebührt habe. Er behauptet weiter, dem aus der Hypothek erhaltenen Betrag an den jetzt in Amerika weilenden Präsidenten der Kirche abgeliefert zu haben. Der Angeklagte wurde jedoch überführt und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Zum „Fest der Liebe“ - 2 Selbstmorde, 1 Selbstmordversuch!

Das „Fest“ naht. Die Selbstmordopfer liegen.

Gestern 19.25 Uhr wurde auf der Stephanienstraße 90 eine 67jährige Witwe gaspergiftet tot aufgefunden. Schwermut hatte sie zum Selbstmord getrieben.

Auf der Reichenberger Straße verübte eine 59 Jahre alte Witwe mit Leuchtgas Selbstmord. Auch hier ist der Grund in Schwermut zu suchen.

Gestern 2.10 Uhr verübte eine 49jährige Volkstheaterchefin in ihrer Wohnung, Gröppnerstraße 48, mit Gas zu vergiften. Sauerstoffhilfe war von Erfolg begleitet. Grund zur Tat: Schwermut.

Die Betroffenen und ihre Familien begehren gerade jetzt: „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!“ - Den verweilenden Opfern des kapitalistischen Systems aber wird der Gosholch in die Hand gedrückt!

Nicht Gosholch, nicht Strid, nicht Selbstmord - nein, Kampf!

Zusammenstoß zwischen Auto und Straßenbahn

Gestern 13.55 Uhr ereignete sich auf der Freiburger, Ecke Bauhofstraße ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Kraftwagen und einer Straßenbahn der Linie 7. Der Vorderperson der Straßenbahn wurde völlig zertrümmert, der Fahrer und ein Fahrgast leicht verletzt.

Kind in Blumen

Die Kleider eines vierjährigen Kindes gingen gestern mittags in der elterlichen Wohnung, Friedrichstraße 21, Feuer. Da es dem Eltern zu nahe gekommen, mit schweren Brandwunden wurde es ins Friedrichshäuser Krankenhaus eingeliefert.

Erst, daß sie auf Grund ihrer Angaben über die Arbeit, die sie leisten müssen, der Fall eintreten könnte, diese Arbeit zu verlieren. Dann ist die wirtschaftliche Lage zu Hause noch schlechter und eine schlechtere wirtschaftliche Lage bedeutet ein noch engeres Schließen des Hungerrings. Das bedeutet selbst die Herben Arbeitskraft, deren Gesundheit auf Grund der rückwärtigen Ausbeutung durch die herrschende Klasse schwer gefährdet ist.

Der zu den Pionieren!

Arbeitereatern, Arbeitereatern! Geht nach der Sowjetunion. Dort ist das proletarische Kind ein vollberechtigter Sowjetbürger. Dort gibt es keine Kinderarbeit, wohl aber Erholungsheime. Dort gibt es einen roten Pionierverband, der als wichtigste Kulturorganisation eine außerordentlich bedeutungsvolle Rolle im sozialistischen Aufbau spielt. Denn den Sowjets, den Arbeitern und Bauern gehört diese Erde.

Arbeitereatern, kommt zu den roten Jungpionieren. Auch wir führen hier einen Kampf um bessere Lebensbedingungen.

Gegen Hunger und Frost marschieren alle Arbeitereatern, an der Spitze der erwachsenen Arbeiterklasse, mit dem roten Pionierverband auf.

Arbeiter, das sind die Leute, die sich von „christlicher Nächstenliebe“ reden. Das sind auch diejenigen, die den erbärmlichen Winterhilfsrummel unterstützen und organisieren. So werden die Helfer einer religiösen Vereinigung versucht und verführt. Schluß gemacht, es gibt keine Hilfe durch die Institutionen der herrschenden Klasse. Der Kampf gegen Hunger und Frost und die proletarische Solidarität sind die Aktionen mit denen das Proletariat den revolutionären Ausweg aus der Krise beschreitet.

Sorgsam gewählte Geschenke

erhöhen die Festfreude. Ein formschöner Tackschuh wird auch für Ihre Lieben stets eine willkommene Weihnachtsgabe sein

Elegantes Modell in schw. Velourleder und Lack

790

Lack

Dresden
Johannstr. 21
Wohnhelfer Str. 45

Weihnachtsbuefel

Du hebst vor weihnachtlich geschmückten Töden... Und nennst nicht einen Biennig mehr dein eigen...

Die Hände heulen dich, nur Hertlichleiten, Schermer lachen, die Kessime brüllt...

Vom lautend rebelliert dein Magen, Du freust in deiner Dünnen Klut...

Die Felle prachen, Kumpen mit dem Gelde, Und du hast nichts - dein Magen rebelliert...

Nachhühnen klappern, Winterhülle sammelt, Man heuchelt Mitleid, macht in Weihnachtsbuefel...

Und du verläßt die Welt der Vase, Du weilt des Scheins, der Heuchelei...

Dermin.

Wortlaut des sächsischen Amnestiegesetzes

Nachstehend bringen wir das Gesetz vom Sächsischen Landtag beschlossene verstaatlichte Amnestiegesetz im Wortlaut zum Ausdruck:

Paragraf 1

Für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe begangen worden sind, wird nach Maßgabe dieses Gesetzes Straffreiheit gewährt.

Strafen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes von Justizlichen Gerichten rechtskräftig erkannt und noch nicht verbüßt sind, werden erlassen, wenn sie in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, allein oder nebeneinander, bestehen...

Mit einer schweren Strafe zu ermitteln und nach dem Verfahren einzuleiten oder fortzuführen, so darf die schwere Strafe nicht erlassen werden...

Paragraf 7

Ueber die Einstellung unabhängiger Verfahren (§§ 3, 6) entscheidet auf Antrag der Beteiligten das Gericht wegen der Entscheidung findet sonstige Belange vor.

War das Verfahren auf Privatklage eingestellt, so werden die gerichtlichen Kosten des Verfahrens niederkalkuliert...

gen Auslagen kann das Gericht angemessen vertellen oder einen von ihnen ganz auflegen.

Paragraf 8

Ausgeschlossen von den Vergünstigungen dieses Gesetzes sind: a) Verbrechen gegen das Leben (§§ 211, 212, 214 des Strafgesetzbuches); Verbrechen wider § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1933...

b) Verbrechen wider § 2 des Strafgesetzbuches, verübt worden ist Verbrechen des schweren Raubes (§§ 250, 251 des Strafgesetzbuches); Verbrechen wider das Leben (§§ 207, 208, 2 des Strafgesetzbuches); Verbrechen wider das Leben gegen den norddeutschen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884...

c) Verbrechen wider § 87 bis 92 des StGB, §§ 97 bis 101 des Militärstrafgesetzbuches und Verbrechen militärischer Wehrkraft (§ 1 des StGB vom 3. Juni 1914), wenn die Tat aus Eigenem begangen worden ist.

Paragraf 9

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft.

Nach Wahrung dieses Amnestiegesetzes für den Amnestiebescheid entsprechend der Regierungsvorlage werden viele politische und wirtschaftliche Beweggründe der Amnestie angesetzt werden. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß in vielen Fällen Unklarheit besteht, ob der betreffende Gesangener unter das Amnestiegesetz fällt.

In jedem Falle, in dem Unklarheit besteht, eruchen wir darum, daß sich die Angehörigen der betreffenden Gesangenen und auch die Gesangenen selbst an ihre zuständigen Notariatsstellen wenden und darüber hinaus den Amnestieausweis der kommunikativen Landesregierung, Fortkürzer Genelle Graf Schiller, Dresden-N., Landtagsgebäude, Schloßplatz 1, anrufen.

Eiserne Front' denunziert Jungarbeiter

Am Montag, dem 5. 12., verteilten zwei Erwerbslose vor dem Reichsgericht in Berlin zwei Flugblätter. Ein junges, vorübergehendes Jungarbeiter wird von der Partei der Jungarbeiter ebenfalls Flugblätter verteilt zu haben...

Arbeiter der 'Eiserne Front'! Macht euch nicht von eurem Führer dazu verhehen, Flugblätter zu liefern! Schließt die rote Einheitsfront mit den jungen Arbeitern gegen jede politische Anbetung der Arbeiterfront!

Achtung! Broschüren- und Zeitungverkäufer!

In der letzten Zeit sind mehrfach Broschüren- und Zeitungverkäufer verurteilt worden, weil sie Sonntags ihr Material vertrieben. Es muß deshalb interessieren, was das Gericht in einer Sonntagserkäuferin religiöser Traktanten sagt:

Nach dem Ergebnis der Erörterung betreibt die Schuldige mit dem Verkauf von Traktaturen... kein Gewerbe, d. h. eine fortgesetzt auf Gewinn gerichtete Tätigkeit, da die Schriften nur zum Selbstkostenpreis, ja sogar darunter abgegeben werden...

Nach unfer Broschüren- und Zeitungverkäufer dürfen nicht verurteilt werden, denn auch wir betreiben keine auf Gewinn gerichtete Tätigkeit. Aber es bleibt dabei, der 'Justitia' ist die Augenbinde verhöhen worden und auf dem rechten Auge ist sie überhaupt völlig erblindet.

Stadtverordneten-Schlußsitzung in Freiberg

Konkrete Forderungen gegen Winterhilfsflamaut

(Arbeiterkorrespondenz 1044)

Die sächsische letzte Stadterordnetenversammlung im Jahre 1932 trat noch einmal mit aller Deutlichkeit das wahre Gesicht der SPD und Parteiführer.

Der Arbeiterpartei der 10. Oktober keine Unterstützung erhielt, so er in der Versammlung und war in der Versammlung in Arbeit vorhanden hat, erhalte in einem Schreiben an die Stadtverordneten, um in seiner Unterstützung zu bestehen...

Der Arbeiterpartei, Kommunisten von Atom und (sich) haben können, erhalte in einem Schreiben an die Stadtverordneten, um in seiner Unterstützung zu bestehen...

SPD und Nazis für Lohnabbau

Die freiwilligen Arbeitsdienstler kamen erneut mit einem Antrag, zu welchem sie am 9. März, 12. März Arbeitslosen (arbeiten) nach der letzten Sitzung der SPD und Nazis, um die Arbeiter an den Arbeitsdienst zu befehlen...

Die Nazis und die Sozialdemokraten wählten nicht ein einziges Wort zu dieser Eingabe zu sagen und leisteten damit in aller Deutlichkeit, daß sie mit der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter einverstanden sind.

Der ADGB hatte einen Antrag gestellt, wonach den Erwerbslosen eine Winterhilfe in Höhe von 3 Mark für Arbeitlose, 4 Mark für Verheiratete und 50 Pfennig für das Kind von der Stadt zur Verfügung gestellt werden sollte...

Das ist die Forderung der Sozialdemokraten, die dadurch zum Ausdruck kommt, daß 1000 Erwerbslose ganze 9000 Mark als Winterhilfe erhalten werden...

Genelle P. wagt, nochmals die Not und das große Elend in den Arbeiterfamilien und reichlich (sich) mit der SPD und den Nazis ab.

Hier die Forderungen der Hungernden:

- 1. 14. Jänner Kartoffeln monatlich für die Familien aller Erwerbslosen; 2. Jänner Kartoffeln monatlich für Verheiratete mit eigenem Haushalt; 3. Jänner Kartoffeln für Verheiratete ohne eigenem Haushalt; 4. Jänner Kohlen monatlich für die Familien aller Erwerbslosen; 5. Jänner Kohlen für Verheiratete mit eigenem Haushalt; 6. Jänner Kohlen für Verheiratete ohne eigenem Haushalt; 7. Unentgeltliche Abgabe von Mittagessen, pro Erwerbslosen und zu unterhaltenden Angehörigen eine Portion täglich durch die Stadt; 8. Winterhilfe 30 Prozent Winterhilfe für alle Erwerbslosen; 9. Winterhilfe 30 Prozent des Vermögens gibt die Stadt für alle Erwerbslosen; 10. Die Nazis leisten auch hier wieder, genau wie im Reichstag und im Sächsischen Landtag, ihr wahres Gesicht dadurch, daß sie die Forderungen der SPD-Traktanten ablehnen; 11. Die SPD treibt ein demagogisches Spiel. In Reichstag haben sie sich der Stimme enthalten als die Forderungen der SPD zur Winterhilfe für die Erwerbslosen standen; 12. Den Leuten ist es gar nicht ernstlich darum zu tun, den Erwerbslosen zu helfen, sie versuchen nur, die Arbeiterfront vom revolutionären Kampf abzuhalten; 13. Kein Geld für die Not und das Elend der Hungernden und Mitleidenden Erwerbslosen, aber Tausende von Mark für die Elendswürde keine Kohle, aber keine Studien; 14. Auf den Händen liegen Millionen von Tonnen Kohlen, die ein Hehl will es, wenn man in der nächsten amtlichen Bekanntmachung lesen muß; 15. Den Hilfsbedürftigen der Stadt Freiberg, d. h. Fürsorge, Sozialrentner, Kleinrentner, Arbeitslosen, und Kriemunter...

Hilfungsmaßnahmen solle zunächst einmal der Bezug verbilligter Kohlen ermöglicht werden. 2. Jänner Kohlen sollen 2,10 Mark (unter Markt und weiches Pfennig) und nach der letzten Preisabnahme zu sinken.

Wie sollen die Erwerbslosen die 2,10 Mark auf einmal ausbringen, wenn eine Familie mit vier Personen wohnhaft nur 10 Mark an Unterhaltungsbedarf hat?

Als letzter Punkt noch einmal der Fall Ebers, Stadtländliche Betriebe. Dieser Korruptionslandfall sollte noch einmal, wie die Ebers Tausende von Mark verpulverten. Wie man ungeheure Summen von Reichsrentnern ausgab, die von diesen Ebers ein Geschäft nach dem anderen gemacht wurde, wobei die Einkünfte von Markt nachstehenden Tausende von Mark wurden...

Genelle P. nimmt noch einmal zu diesem Korruptionslandfall Stellung und brandmarkt das ganze kapitalistische System. Er läßt zum Schluß, es gilt das kapitalistische System, durch Einführung des härtesten außerparlamentarischen Klientenamples zu überwinden und dabei wählen auch die Freiburger Arbeiter tatkräftig mit.



ARBEITER-UND BAUERNREPUBLIK DIE NEUE KAMPFBROSCHÜRE FÜR STADT U. LAND PREIS 10 PF.

Außerparlamentarischer Druck erzwingt Winterhilfe!

(Arbeiterkorrespondenz 1045)

Schneid. Wie weit 'Außerparlamentarischer' durch den Verrat ihrer eigenen Partei gehen können, zeigt deutlich die Haltung der SPD-Fraktion in Sachen der Winterhilfe für die Erwerbslosen. So niedrig die Forderungen waren, um schon von vornherein den alten Forderungen, daß es kommunikativen Petitionsanträge seien, zu entziehen, hatten es doch die SPD-Traktanten wider alle Fraktionen...

Für die werktätige Frau



enthält die Weihnachtsandernummer des 'Illustrierten Volkschoch' interessante Beiträge. Aus dem Inhalt der Weihnachtsandernummer, die in dieser Woche drei Tage früher erscheint und in ganz Sachsen in Massen verkauft werden wird, haben wir hervor: Mutter Maria, die Tragödie einer Landarbeiterin / im 'Dritten Reich' des Weihnachtsmannes; eine Reportage aus dem Ergebirge / Schokolade, wie sie entsteht und wo sie hersteht / Ich bin Mitglied der Regierung; Tatsachenberichte russischer Arbeiterinnen / Heraus mit den Leiharbeitsbüchern / Das Messer zwischen die Zähne; wie die Massen für den neuen Krieg stimmungslos gemacht werden sollen. Dazu die ständigen Seiten: Ungemütliche Sachen, Bild der Woche, Roman, Funksache usw.

entschiedlich der der SPD, angetan. Große Reden, Gelächel. 'Es ist kein Geld da' usw.

'Vernünftiger' war die Rede des Parteiführers, der erklärte: 'Die Erwerbslosen müssen Verständnis aufbringen und durchhalten in dieser schweren Notzeit!' Unter Genelle P. ordnete er gab ihm auch sofort die gebührende Antwort: Er rechnete ihm vor, daß es nur allein einmal auf die Hälfte letzten Jahresgehaltes verzichten brauche und die Mehrausgabe für die Winterhilfeanträge, die auch auf 6000 Mark belaufen, ist gedeckt. Das wollte natürlich der gesamte bürgerliche Staat nicht wissen. Aber genau diese Weisheiten helfen keine noch schmerzhaft angedachten Phrasen.

Der Antrag enthielt einen Hinweis, daß die Stadt keine anderen Zahlungen leisten solle, bevor nicht die Erwerbslosen ihrem Recht laßen! Das ist für Gewerkschaftsbürokraten und SPD-Führer ein Haor in der Suppe. Sie verteilten sich zu mehr als treuen Behauptung, daß ja dann die Stadt auch die Wohlstandsunterstützung nicht ausahlen dürfe. Damit wies die Forderungen der Erwerbslosen platt abgewiesen. Ja, SPD-Führer bringt es fertig, zu behaupten, die bürgerliche Arbeit hätte mehr Mitleid mit den Erwerbslosen als die Arbeiterfront selbst. Und das legt man in dem Augenblick, in dem die leicht Tausenden von Arbeiterkindern auch die kleinste Winterhilfsrente gerahnt wäre.

Die Erwerbslosen haben sich aber mit dem Scheitern der Stadterordnetenversammlung nicht zufrieden. Schon am anderen Morgen war eine Abordnung der Erwerbslosen und der Partei im Rathaus und stellte erneut die Forderungen. Und es ist gelungen, wenigstens einen Teil derselben durch den außerparlamentarischen Druck durchzusetzen.

Auf einmal war Geld da! Auf einmal war das angeblich Unmögliche möglich geworden! Die SPD-Arbeiter wählten sich die Haltung ihrer Führer aus. Sie müssen sich überlegen, ob sie es weiter vor ihrer Klasse verantworten können, einer Partei anzugehören, die laienkundig über die Not der Massen hinweggeht und nichts anderes und Wichtiges zu tun hat, als Blätter zu verteilen mit der Leberzitrone: 'Kommunisten für die Traktanten'.

Trotz und dreißig ist die Haltung der Diktator Parteiorganisation die einen Bericht über die letzte Stadterordnetenversammlung mit Petitionsanträge über 'praktische Arbeit' überdrückt. Die Petitionsanträge, die hier praktisch und wirklich für die Interessen der Erwerbslosen eintritt, gibt das oben Gesagte nicht. Gleichgültig aber wird die Arbeiterfront erlassen, daß ein außerparlamentarischer Kampf alle ihre Hände zittern macht.

Es gilt, weiter vorzugehen in nationalsozialistischer Aktion gegen weitere Unterdrückung, weiter im Kampf gegen Hunger und Frost. Streik in die einzige antikapitalistische Partei, Partei in die SPD!

Waiswurf 16-Minuten

M. Richter
Josephinenstraße 4
Herren- und Damen-
frisieralon. Spez:
Rubrikopflege. Er-
werblöse haben bei
mir Preisermäßigung

Püggina
Püggina
Püggina
Püggina

Arthur Seiferl
Fischwaren
Wittenberger Straße

**Prima Fleisch-
und Wurstwaren**
Emil Otto
Schandauer Straße 61

Weihnachtsfest
kaufen Sie Baumbezug,
Lebkuchen, Kauladina-
torte, Marzipan am billig-
sten und besten in der

Schokoladen-Ecke
Schandauer, Ecke Lauen-
steiner Straße

Herrenkonfektion
Maß- u. Sportanzüge
Knickerbocker-
und Sporthosen
Lodenjoppen, Wind-
jacken, sowie sämtliche
Arbeitsbekleidung
Eigenes Stofflager
steht preiswert bei

Oskar Reichenburger
Oberoderwitz

Leiterwagen
Kinderwagen, Koffergewagen
Rodelschlitten
Schneeschuhe
kauft man preiswert bei
Otto Paul
Wagenfabrik, Oberoderwitz

Farmer-Kaffee
Pränskaffee
Weihnachtskaffee
G. Deutscher, Nachf.,
Niederoderwitz

Decken Sie
Ihren Bedarf
in Seiden-, Wolle- und Felle-
waren, Lederwaren, sowie
Firma: Julius Schütz
Großschneise, Schmiedestr.

Fahrräder
Nähmaschinen, Wring- u. Wasch-
maschinen, Radioapparate, sowie
Reparaturarbeiten aller Art stets
preiswert bei
August Linke, Großschneise

Raucht
konzernfreie handgepackte Zigaretten!
Diese schaffen Arbeit und Brot!

Ihr Vorteil ist die
Wäsche-Etage!
Bettwäsche 1 Garnier 12 Stück 4.20
Frotterwaren in großer Auswahl 3.90
Feinere: Barchente, Hemdentuche, Dowlas, Rohwessel, Oberhemdenzephyre
Textil-Versand G. m. b. H. Dresden-A.
Marienstraße 13 I. Etage
Besuchen Sie uns unverbindlich!

Feststimmung
und frohe Stunden durch
L. Wolf-Zigarren
Geschmackvolle Präsent-Packungen in allen Preislagen
L. Wolf Filialen in allen Stadtteilen

Reserviert
Brot-, Weiß- und
Feinbäckerei
Kurt Müller
Schandauer Straße 77
6 Prozent 6 Prozent
PrimaChriststollen

RAUCHT
↓
Record 2 1/2
Sachsenstern 3 1/3
von
Orami
Dresden
konzernfrei und handgepackt!
Sie geben höchsten Stellen
guten Lohn und Brot

Die Deutsche Weltmarke
Ein echter Telefunkt-Apparat ist nämlich gar
nicht teuer. Eine vollständige Anlage zum
Empfang der großen, interessanten Programme
Europas bekommen Sie schon für RM 139,-;
den **TELEFUNKEN 122** mit eingebautem
Frequenzwechschler, Lautsprecher, einziehbar. Röhren
(bei Gleichstrom RM 145,-)

Baumbchang
das ganze Pfund
nur 66 Pf
in der
Rosa
Schokoladenfabrik
Verkaufsstellen in
fast allen größeren
Orten in Sachsen!

**Brot- und
Weißbäckerei**
Max Werner, Hainstraße

**Fleisch- und
Wurstwaren**
empfiehlt
Erhard Schreiber
Fleischermester
Breitg.

Fritz Krellner
empfiehlt seine
Lebensmittel
der werten Arbeiter-
schaft und auch fürs
Weihnachtsfest!
Bäckartikel
Brand-Erbisdorf

Gasthof u. Fleischerei
von Hugo Lorenz, Spitzmünderstr.
empfiehlt sich der Arbeiterschaft

Paul Müller
Conditorei und Kaffee
Gohliser Straße 1 - Ecke
Kesselsdorfer Straße
Prima Christstollen

Konditorei Pfeiffer
Christstollen
Kesselsdorfer Straße
von RM 1,80 (13 Pfund)
von RM 3,00 (11 Pfund)
von RM 4,50 (14 Pfund)

Weine, Liköre, Spirituosen
in Flaschen und ausgemessen
vom Fass in besten Qualitäten
zu billigsten Preisen
Max Herzog
Dresden-Löbtau
Kesselsdorfer Straße 19

Wilhelm Franz
Viktoria-Drogerie
Kesselsdorfer Straße 39
Baumkerzen, Eisau
Seilengesamkeiten

Die billige Mütze
Die billige Krawatte
Herberg
Kesselsdorfer Straße

Eßt
Schokolade
aus der Schokoladenfabrik
Dr. Sperber
Gohliser, Kesselsdorfer Straße
Dreikaiserbrot

Notverordnung des
Weihnachtsmannes
Du sollst Freude machen
mit praktischen Sachen
Kleiderstoffe, Waschestoffe, Tri-
kotagen, Wollwaren
B. Melchsner
Coschütz, Hauptstr. 8

**Weihnachts-
bäckerei!**
ff. Christstollen und
Kuchen empfiehlt
Olga Franke
Coschütz, Am hohen Stein

Deutsches Erzeugnis
Galoschen, Ueberschuhe
Haus- und Arbeitsschuhe
kauft man preiswert fürs
Weihnachtsfest im
Schuhhaus Bata
H. Schumann
Freiberg, Erbschestr.

Empfiehlt
ff. Stollen
und Kuchen
zum
Weihnachtsfest

Bäckerei Kost
Freiberg
Lange Straße 17

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Sachsens Landarbeiter rufen zum Kampf

Landarbeiter-Konferenzen in Ostsachsen . Organisiert den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub und Entlassungen

Am Sonnabend und Sonntag fanden von der AGO organisierte Landarbeiterkonferenzen im Dresdner Bezirk statt. Am Sonnabend versammelten sich in Ressenberg die Vertreter der Orte von Ressenberg, Hänichen, Kreißche, Kippien und Gohlis. Anwesend waren 29 Arbeiterinnen und Arbeiter. Von ihnen gehörten 12 der AGO an, 3 dem Allgemeinen Meßlerbund, einer dem DVB und 13 waren unorganisiert.

Am Sonntag fand in Niederföhlitz eine Konferenz aller in der Nähe liegenden Güter statt. Es waren vertreten die Güter Helsenberg, Kottwernsdorf, Struppen, Gohlis, Hänichen, Kottal-Dölschen, Leuben-Loswig, Röhren-Weihen, Pirna-Zehle, sowie ein Vertreter von Großenhain. Der freie Schweizerbund, Ortsgruppe Röhren-Weihen, hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. Eine Anzahl Kollegen waren im DVB oder ADGB organisiert. Folgender Aufruf wurde einstimmig beschlossen:

Aufruf an alle Landarbeiter Sachsens!

Die auf der von der AGO organisierten Gutbelegiertenkonferenz versammelten Vertreter der Rittersgüter, Hänichen, Kottwernsdorf, Helsenberg, Struppen, Gohlis, Dölschen, Leuben-Loswig, Pirna-Zehle, Röhren-Weihen und Großenhain, die sich zusammenschließen als Mitglieder der AGO, des DVB, des ADGB und unorganisierten Kollegen, rufen alle Landarbeiter Sachsens auf, die Vorhänge der Junker auf neue Senkung ihrer Grundlöhne mit dem Streik zu beantworten.

Immer stärker werden die Schläge der Junker gegen die Landarbeiter. Zweimal wurde in diesem Jahre bereits der Lohn gesenkt. Ermöglicht durch die bedingungslose Hinnahme der Lohnsenkung durch den Deutschen Landarbeitersverband und den Allgemeinen Deutschen Meßlerbund, stehen jetzt die Junker erneut vor der Schlichterregierung, die die Politik Kapens mit aller Härte fortsetzt, nimmt sich der Forderungen der Junker besonders an.

Seine programmatischen Kundfuhre fordert Schleicher den unentgeltlichen Schenken der Großgüter. Er erklärte wörtlich: „Ich will nicht, daß ein Mißverhältnis zwischen den überhöhten Produktionskosten der Landwirtschaft und den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, hier muß ein Ausgleich geschaffen werden.“

Damit fordert Schleicher also die weitere Herabsetzung der Grundlöhne der Landarbeiter. Weiterhin fordert er, daß die unendliche kindliche Erwerbslosigkeit auf dem Lande in solchen Familienwirtschaften, die nicht bezahlte Arbeitskräfte halten können als mitarbeitende Haus- und Familienangehörige übertragen seien. Das heißt, daß die Erwerbslosen unter Landarbeitern noch verschärft werden soll. Die wertvollsten Arbeitskräfte werden keinen Gebrauch hiervon machen können, da sie nicht für sich etwas zu Leben haben. Aber die Groß- und Mittelgüter werden jetzt ihre Landarbeiter entlassen und versuchen, die unendliche Erwerbslosigkeit zu erhalten.

Die auf der Konferenz Versammelten fordern deshalb alle erwerbslosen Kollegen auf, den Kampf der noch in Betrieb gehaltenen Landarbeiter zu unterstützen und geloben auf der anderen Seite auch ihre Belegschaften zur Unterstützung des Kampfes der erwerbslosen Kollegen bei ihrem großen Kampf, Rettung vor Hunger und Frost, zu mobilisieren.

Die Konferenz rief weiterhin die wertvollsten Bauern auf, mit ihrem Kampf zu unterstützen, das Kampfbündnis mit ihnen herzustellen. Sie verpflichten sich auf der anderen Seite die Landarbeiter zur Verhinderung von Ermittlungen bei Klein- und Zwergbauern zu mobilisieren.

Die schlichterische Schleicherregierung ist der erbitterte Feind der Landarbeiter. Unter ihr werden die Junker noch frechere Lohnraubmaßnahmen verlangen.

In Hilfe kommen ihnen dabei die Führer des DVB und des ADGB. Sie unternehmen nichts gegen die Lohnsenkungsmaßnahmen. Sie schließen im Sommer dieses Jahres eine freie Vereinbarung ab, durch die die Löhne der Landarbeiter erneut gesenkt werden. Auch jetzt unternehmen sie nichts gegen den drohenden Lohnraub bei den Landarbeitern.

Im Gegenteil, Veipart, der Vorsitzende des ADGB, achtet zu sehr auf den General, und bietet keine Hilfe zur Durchführung der schlichterischen Maßnahmen gegen die Arbeiterkraft an. Die Konferenz

fordert deshalb den Ausschluß Veiparts aus dem ADGB. Da sie in dieser Hinsichtswelle einen neuen Versuch sehen, die sich unter Führung der AGO immer härter bildende kämpfende Einheitsfront zu präzisieren.

Die Versammelten geloben, alles daran zu setzen, daß ihnen dieser Versuch nicht gelingt, und erkennen, daß es nur möglich ist, die Ausnahme des Kampfes die Angriffe der Junker zurückzuweisen. An Hunderten von Streiks hat die AGO in den letzten Monaten bewiesen, daß der Kampf der Arbeiterkraft nicht geteilt werden kann.

Die Nazis helfen der Arbeiterkraft insbesondere den Landarbeitern, in den Rücken. Sie organisierten den Streikbruch, wie sie auf dem Gute Elshärdt der Fall gewesen ist. Darum rufen wir Versammelten alle nationalsozialistischen Landarbeiter auf: Nehmt der NSDAP den Rücken, steht euch in die Kampffront der Landarbeiter ein.

Die Konferenz erkennt, daß es notwendig ist, das gemeinsame Kampfbündnis aller Landarbeiter mit der Industriearbeiterkraft und den wertvollsten Bauern herzustellen, für die Forderungen:

- gegen jeden Pfennig Lohnraub,
- zur Wiedererringung des Lohnes vom Juli 1931,
- gegen jede Entlassung,
- zur Beilegung des Deputatlohnes und Angleichung der Beilegung an die der Industriearbeiter,
- zur Beilegung betrieblicher Mißstände.

Die Landarbeiter berichten

Auf der Konferenz in Ressenberg wurde eine Entschließung gefaßt, in der die sächsischen Landarbeiter aufgefordert werden, Kampfbündnisse zu wählen und zum Streik um ihre Forderungen zu rufen.

Die Konferenz fordert die Aufhebung des Lohnverbotes gegen den Antifaschistischen Part.

Zunehmenden norwegischen Forstarbeitern wurde aktiver Solidarität gelobt.

In der Konferenz in Niederföhlitz hielt der Genosse A. von der Landesleitung der AGO, Industriegruppe Land-Forst, ein Referat über die Angriffe der Junker und die Maßnahmen der Landarbeiter.

Ein Genosse von Dölschen machte eine Reihe Vorschläge zur Verbesserung unserer Arbeiten, die den Beifall der Kollegen fanden.

Der Vertreter von Rittersgut Helsenberg:

„Man nennt unter Rittersgut Hungerburg Helsenberg. Das ist in der Tat der Fall. Die Kost der Landarbeiter ist unter allen Son. Selbst der Fleischer erklärt, daß er die minderwertigste Wurst für die Landarbeiter machen muß. Das Verhalten des Junkers Ulrich spottet jeder Beschreibung. Der Verwalter ist Stuhlholzer und untersteht sich nicht wehrlos, von dem Fleischer. Die Belegschaft beginnt sich hiergegen zu wehren. Die AGO rief ihre Arbeit auf dem Gute verfallen. Auf dem Nachbargut ist ein Nazi-Schweizer. Er wird von der Belegschaft so „geachtet“, daß er sich auf dem Hof nicht gut leben lassen kann. Vor längerer Zeit hat ihn deshalb der Junker herausgenommen und schickte ihn jetzt nach Gohlitz, denn da kommt er mit der übrigen Belegschaft nicht mehr so zusammen.“

Die Delegierten von Kottwernsdorf

berichten über die Verhältnisse auf dem Gut und erklärte, daß der Druck der Junker auf die Landarbeiter so stark ist, daß sie sich nicht ein-mal getrauen, sich mit anderen Kollegen zu unterhalten. Er lobt das auch mit darauf zurück, daß die DVB-Führer die Landarbeiter hierzu auffordern. Ebenso leidet es auf den Nachbargütern aus. In Gotta ist es besonders schlimm.

Ein Kollege von Struppen

zeigte auch eine Reihe von Tatsachen auf und betont insbesondere, daß die AGO mehr Fühlung mit den Landarbeitern nehmen muß und daß die Güter unter einander bessere Verbindungen schaffen müßten.

Der Kollege von Gohlis

erzählt, daß er herausgeworfen wurde, weil angeblich keine Arbeit mehr vorhanden sei. Dies stimmt aber nicht, sondern er ist

entlassen worden, weil er sich dem Junker gegenüber vermaniert habe. Er berichtete noch, daß der Gärtner in Gohlis die jungen Landarbeiter schlägt. Eine Anzahl Nazis wollten aussteigen, weil sie nicht mehr den Beitrag zu zahlen gewillt waren. Daraufhin zahlte ihnen der Junker die Beiträge.

Der Vertreter von Hänichen

stellt in den Vordergrund, daß es den Landarbeitern noch an der nötigen Schulung fehlt. Er berichtete davon, daß der Ober-Schweizer von Rantenlaube-Gatich in Kuhlau gewesen sei und jetzt in den einzelnen Dörfern und Gutsbezirken keine Erfolge schildert. Die AGO hat damit schon einen sehr guten Erfolg zu verzeichnen. Es gelang die Notregelung eines Schweizers durch Androhung des Milchkaufstopps bei dem betreffenden Bauer rückgängig zu machen.

Der Delegierte von Großenhain

geht davon aus, daß es im Großenhainer Gebiet noch ziemlich schlecht aussieht. Daß sie aber jetzt alles tun werden, um vorzustoßen. Er weist insbesondere darauf hin, daß die Junker und DVB-Führer bewußt den Tarifabbau in die für die Landarbeiter ungünstigste Zeit verlegt haben. Der AGO war es möglich, für drei Landarbeiterinnen auf dem Rittergut Kauenhof die Bezahlung von einigen Sonderlöhnen herauszuholen. Er weist besonders nach, daß hier der DVB eine schäbige Rolle gespielt hat. Die DVB-Betriebsräte gingen zum Junker und verlangten, daß die betreffenden Landarbeiterinnen den ihnen zustehenden Lohn nicht bekommen sollten, da sie nicht im Verband seien. Dabei steht fest, daß die Landarbeiterinnen im Verband sind, nur waren sie einige Beiträge rückständig. Es konnte dann aber erreicht werden, daß die Landarbeiterinnen ihr Geld bekamen.

Der Vertreter der Schweizerbund-ortsgruppe Röhren

berichtet, daß sie aus Protest gegen die dauernde Berratspolitik der ADGB-Führer die Gelder sperren. Er berichtet dann noch, daß der Nazisbesitzer Uhlmann in Kleinlagen keinen eigenen Pj. Schweizer herausgeworfen habe, da er nicht genügend leiste.

Ein Kollege von Zehle

erzählte von den Schwierigkeiten auf seinem Gut. Ein Kollege von Niederföhlitz macht eine Reihe organisatorischer Vorschläge und spricht davon, daß manchmal die Kollegen und Genossen noch nicht das nötige Rückgrat haben, und etwas zu schwach vorgehen.

Der Genosse A. ergänzte noch die Vorschläge und schloß mit der Aufforderung, alles zu tun, um die kämpfende Einheitsfront aller Landarbeiter herzustellen, um die Junker zurückzuschlagen.

Die Sächsische Gewerkschaftszeitung gesteht das

Bündnis der ADGB-Führer mit Schleicher

Die SPD-„Opposition“ gegen die Diktaturregierung ist die Rückendeckung für den Leipartikurs . Steigert den Proteststurm

Die Sächsische Gewerkschaftszeitung nimmt in ihrer letzten Nummer in einem Artikel „Regierungswechsel und Gewerkschaftspolitik“ offen für eine enge Zusammenarbeit mit der Schleicherregierung Stellung. Nachdem gesagt wird, daß die Zusammenarbeit der Schleicherregierung „keine Veränderung in der Staatsführung ist, auf die die Arbeiterkraft irgendwelche Hoffnungen setzen könne, heißt es dann wörtlich:

„Die Neubildung des Reichsarbeitsministeriums sollte so etwas wie eine Konzession an die organisierte Arbeiterkraft sein, denn es ist bekannt, daß Dr. Strupp bei den Gewerkschaften gewisse persönliche Sympathien hat. Jeder der ihn kennt, wird ihm lockeres Verständnis und lokales Wollen ebenso wenig ablehnen können wie die verdienstvolle Mitarbeit auf verschiedenen Gebieten der Sozialpolitik. Trotzdem halten wir die Meinung Strups nur für eine Schimanie.“

Und deshalb hält die Sächsische Gewerkschaftszeitung Strupp, trotz seiner „verdienstvollen Mitarbeit“ als Präsident der Reichs-

die für die Partei notwendige latente Haltung ohne weiteres übernehmen können.

Die Oppositionsstellung der Partei macht es z. B. den Parteiinstanzen fast unmöglich, mit der Regierung über lokale Fragen zu verhandeln. Es wäre aber ideal, etwa von den Gewerkschaften daselbst zu verlangen. In einem Teil der Parteipresse sind allerdings bei der Erörterung parteipolitischer Fragen derartige Forderungen aufgetaucht. Da wird von einer notwendigen Konsolidierung der Gewerkschaften, von der Forderung von Diktaturverbindungen u. dgl. m. gesprochen und auch von den Gewerkschaften die Forderung aller Verbindungen mit der Reichsregierung gewünscht. Bei diesen Forderungen werden aber nicht sowohl die bestehenden Aufgaben der Gewerkschaften innerhalb der Gesamtbewegung als auch deren Sinn und Zweck der sozialdemokratischen Opposition verkannt.

Gewerkschaftliche Aufgaben sind zum großen Teile Tagesaufgaben. Die Gewerkschaften müssen in jeder politischen Situation und gegenüber jeder Regierung versuchen, die Interessen der Arbeiterkraft zu sichern. Dabei waren sie in der Vergangenheit oft genug genötigt, und werden auch künftig oft genug in die Lage kommen, mit Regierungen zu verhandeln, denen gegenüber die SPD in Opposition steht und allezeit stehen muß. Das ist kein Gegensatz zu der oppositionellen Haltung der Partei, sondern eine Ergänzung ihrer Arbeit. Denn auch die SPD treibt ja keine Opposition um ihrer selbst willen, oder nur aus agitatorischen Gründen. Sie will und muß auch in der Opposition praktische Arbeiterpolitik treiben und ihre ganze Kraft zur Verrichtung der gegenwärtigen Räte der Arbeiterkraft einsetzen. Für die praktische Durchführung dieser mit den Gewerkschaften gemeinsamen Aufgaben wird es oft genug notwendig sein, daß die Gewerkschaften Verbindungen anknüpfen und Verhandlungen führen.“

Das Organ des ADGB des Bezirkes Gohlitz behauptet also, daß Verbindungen zwischen der Gewerkschaftsführung und der Schleicherregierung bestehen.

Die Gewerkschaften halten es für notwendig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es nicht „Weien und Sinn der sozialdemokratischen Opposition“ ist, alle Verbindungen mit der Diktaturregierung zu lösen. Damit entlarvt die Gewerkschaftszeitung das betrügerische Manöver der SPD, die nur darauf abzielt, Schleicher zu sein, um die empörrten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zu täuschen.

In Wirklichkeit heißt die Scheinopposition der SPD und die Rückendeckung der, hinter der die Gewerkschaftsoppositionen in den sächsischen Gewerkschaften eingeschleiert werden sollen.

Der scheinbare Selbstverleugung müssen diese ungenutzten Kampfmittel zur Kenntnis gebracht werden. Folgt in allen Gewerkschaften und Betrieben zu dem Selbstverleugung der Gewerkschaftsführung Stellung, folgend dem Parteipolitiker. Es gilt besonders die Gewerkschaftsführer den verdammten Schein der SPD und nicht zu erlauben und sie in die SPD, Schleicher, trotz dem Kampf gegen Junker und Kapitalisten hineinzuführen.

Maxim-Gorki-feier

am Montag, dem 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) 10.30 Uhr im Central-Theater

anstatt beim Abbau der Arbeitslosenunterstützung, für eine „Scheinopposition“? Weil er sich gegenüber den Ministern der anderen wirtschaftlichen Ressorts kaum durchsetzen könne, da ihm dazu die Robustheit fehle, die heute ein Reichsarbeitsminister haben müsse.“

Die Diskussion darüber, ob Strupp eine „Konzession“ oder eine „Scheinopposition“ darstellt und die in der Sächsischen Gewerkschaftszeitung zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit ist überhaupt nur so zu erklären, daß

die ADGB-Führer bei den Verhandlungen mit Schleicher über die Bildung des Reichsarbeitsministeriums den Kampf geführt haben, einen robusten Gewerkschaftsführer zum Arbeitsminister zu ernennen.

Schleicher hat das abgelehnt, weil er es im Augenblick für besser hält, die Zusammenarbeit mit den ADGB-Führern nicht so oft in Erscheinung treten zu lassen. Da die Sächsische Gewerkschaftszeitung die offene Verteilung des ADGB an der Regierung wünscht, ist sehr verständlich, daß sie sich während gegen die sozialdemokratische Presse wendet, die unter dem Druck der Klassenstimmung auch der sozialdemokratischen Arbeiter von der Lösung der Verbindungen mit der Schleicherregierung spricht. Die Sächsische Gewerkschaftszeitung schreibt:

„Bei der Verhältnisseähnlichkeit zwischen parteipolitischen und gewerkschaftlichen Aufgaben werden auch die Gewerkschaften nicht



Piłsudski

Der „soziale“ General

Legende und Wirklichkeit

Die faschistische Diktatur in Polen

Wenn man heute einen beliebigen Massenbewussten Arbeiter fragt, welche Herrschaftsform der Bourgeoisie in Polen besteht, so wird er zweifellos ohne Zögern sagen, daß seit dem Staatsstreich Piłsudski im Mai 1926 dort die faschistische Militärdiktatur besteht. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht grauenvolle Tatfachenmeldungen über die fürchterliche Unterdrückung der polnischen Arbeiter- und Bauernmassen durch die Piłsudski-Diktatur berichten. In einem einzigen Jahre wurden in Polen über 700 Arbeiter und Bauern handrechtlich ermordet, ohne die unzähligen die in den Kerker des Piłsudski-Regimes langsam aber sicher zu Tode gequält werden.

Das Elend der werktätigen Massen in Polen hat phantastische Ausmaße angenommen. Selbst die amtlichen Institute müssen von einem händigen Anstiegen der Arbeitslosigkeit sprechen und die Zahl der Arbeitslosen ist mit 2 Millionen eher zu niedrig als zu hoch beziffert. In den Ostgebieten des Landes spielen sich schreckliche Ereignisse ab. Die Bauernmassen Westpolens und West-Preußens und nicht nur dort, sondern im ganzen Lande, hungern buchstäblich. Ein Bild über die Lage der Bauernmassen kann man sich machen, wenn man die Eingeländnisse eines Piłsudski-Blattes, und zwar des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ vom 14. Oktober liest. Dieses faschistische Blatt muß über die Lage auf dem Lande folgendes berichten:

„Der Mangel an Boden und das Elend verschlimmert noch der ganjsche Verdienstausschlag in der Holz- und Holzindustrie. Die Bauern können sich heute weder Petroleum noch Salz und Zucker kaufen und sind zum Brennen von Kleinspänen übergegangen. Die Erinnerung an Hungerjahre ist ausgelöscht. Es gibt in der Schule Kinder, die nie Zucker gesehen haben.“

Das Elend der Bauern machen sich in bezweifelten Aufstandsbewegungen mit Waffenaufstände von Bauern gegen die Steuern und Gebühren, massenweises Abholzen von Wäldern, Beschlagnahme von Getreide der Großgrundbesitzer sind an der Tagesordnung.

Alle blutigen „Vasjilationen“-Festzüge des polnischen Nationalismus gegen die Bauern vergrößern nur die Erbitterung der Massen gegen die grausame faschistische Diktatur.

Das Elend und der Hunger genügt der Bourgeoisie und ihrer faschistischen Piłsudski-Diktatur noch nicht. Die Arbeitermassen werden unangelegentlich neuen Angriffen des Kapitals ausgesetzt. Gerade im gegenwärtigen Augenblick bereitet die polnische Bourgeoisie eine neue große Lizenze gegen die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter vor und kündigt die Herabsetzung aller Ausgaben auf Kosten der Sozialeinrichtungen an.

Die politischen Rechte der Werktätigen werden von der faschistischen Diktatur vernichtet. Die Kommunistische Partei ist illegal und den blutigsten Verfolgungen ausgesetzt. Inzuehem aber wächst sie und organisiert den Massenkampf der Arbeiter und Bauern gegen die faschistische Diktatur. Die faschistische Regierung, die kein Geld für die hungernden Arbeitslosen hat, gibt Milliarden für Kriegsvorbereitungen aus, verwandelt Polen in ein militärisches Heerlager. Wenn man wissen will, was die von Schleicher so gerühmte Armee der allgemeinen Wehrpflicht für die Arbeiter und Bauern bedeutet, dann soll man nach Polen blicken, wo Piłsudski Offiziersrechte die Armees zur grausamsten Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernmassen benutzt und gleichzeitig innerhalb des Landes ein brutales Regime gegen die einfachen Soldaten durchführt.

Der „soziale“ Legendenkranz um Piłsudski

Das ist das Polen unter dem Siefel der Militärdiktatur, an dessen Spitze Piłsudski steht. Aber nicht immer war der Charakter der Piłsudski-Diktatur so offen wie heute. Als im Mai 1926 Piłsudski die Macht ergriff, da war auch um ihn, ähnlich wie heute um einen deutschen General, ein wahrer Legendenkranz gesponnen worden. Damals sprach man von ihm auch als von dem „sozialen General“, von dem „Freiheitshelden“, ja man bezeichnete ihn sogar als einen „Kämpfer gegen die kapitalistische Reaktion.“ Nicht nur breite Massen des Kleinbürgertums, sondern sogar Teile der Arbeiterschaft fielen auf diesen Betrug herein. Heute ist dieser Betrug von den Arbeitern und Bauern längst durchschaut.

Es ist sehr lehrreich für die deutsche Arbeiterklasse, sich an jene Geschehnisse in den drei Mai-Tagen 1926 zu erinnern, als Piłsudski mit Unterstützung der polnischen Sozialdemokratie die Macht ergriff. Genosse Thälmann sagte auf dem Hamburger Parteiparteitag der KPD:

„Nicht als bei der polnisch-faschistischen Diktatur — ohne in allen Punkten die deutsche mit der polnischen faschistischen Diktatur gleichzusetzen — kommt die harte Konzentration der faschistischen Kräfte in der überragenden Diktaturgemäß eines Marschalls zum Ausdruck. So wie in Polen der Diktator Piłsudski durch die Unterstützung der PPS, der polnischen Sozialdemokratischen Partei aus Kader kam, so ist Plandenburg auf den Schultern der deutschen Sozialdemokraten als der härteste Exponent der faschistischen Konzentration in Deutschland zur Macht gelangt.“

Genosse Thälmann sagte es schon, daß die Entwicklung in Deutschland nicht in allen Punkten mit der in Polen gleichzusetzen ist. Als Piłsudski die Macht ergriff, fand der Kapitalismus an der Schwelle seiner relativen Stabilisierung, während heute diese Stabilisierung zu Ende ist und sich die kapitalistische Krise immer weiter vertieft. Heute gibt es in Deutschland eine ge-

waltige bolschewistische Massenpartei, gehört in fünfjährigen Kämpfen des deutschen Proletariats, eine kommunistische Partei, die schon sechs Millionen Verstärkte führt und sich auf dem Wege der Eroberung der Mehrheit des Proletariats befindet.

Aber trotz dieser Unterschiede besteht das gemeinsame, daß sowohl in Polen, wie heute in Deutschland der Vertreter der faschistischen Konzentration ein General ist, der

auf den Schultern der Sozialdemokratie zur Macht gelangte.

Im Mai 1926 herrschte in Polen die Regierung Witosa, eine Regierung der schwärzesten kapitalistischen Reaktion, deren Hungermaßnahmen zu einem Empörungsturm der breiten Massen der Arbeiter und Bauern führten, der in schrecklichen Streiks und Demonstrationen seinen Ausdruck fand. Unter der Führung einer „moralischen Revolution“ gegen die Bande von Betrüggern, die ganz Polen ausplündern“, führte Piłsudski im Mai 1926 seinen Staatsstreich durch. Diese radikalen Übernahmen dienten dem Marschall dazu, die Arbeiter- und Bauernmassen vom revolutionären Kampf gegen den polnischen Kapitalismus abzulenkten, die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer in Polen vor dem Untergang zu retten. Gerade diese Ausnutzung der Freiheitsillusionen breiter Massen des Kleinbürgertums und auch der Arbeiterschaft war typisch für die Machtergreifung Piłsudski.

Die polnische Sozialdemokratie vertritt heute viele Illusionen über die Rolle Piłsudski. So schrieb das Zentralorgan der PPS, der „Robotnik“, am 15. Mai: „Piłsudski geht mit der Demokratie und die Demokratie mit Piłsudski.“

Die Flagge der Demokratie über den weißen Bajonetten

Die geführte die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie bei ihrem Betrug besteht, und wie gefährlich diese Betrugsmasche vom „sozialen General“ ist, das geht daraus hervor, daß diese von der PPS verbreiteten Illusionen selbst in die Reihen der revolutionären Fortschritt des Proletariats, in die Reihen der kommunistischen Partei eindringen, in der die härtesten Schwankungen in der Stellungnahme gegenüber Piłsudski entstanden. Ein Beispiel dieser Schwankungen sind die Ausführungen des Zentralorgans der KPD, „Tjermann Sztanbar“ in jenen Mattagen 1926, wo es heißt:

„Die Arbeiter und Bauern müssen von den Piłsudskisten fordern, daß sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben.“

Durch die Betrugsmasche der Bourgeoisie und der PPS, demirzt, glaubten also selbst gewisse Kreise in der kommunistischen Partei Polens, daß Piłsudski „gegen die Reaktion“ kämpfe, allerdings nur „halb“. Die kommunistische Partei Polens hat

Bestehend für die Haltung der PPS. In folgender Beside des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“, der über eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Sobrowski in Krakau am 15. Mai folgendes berichtet:

„Nach 10 Uhr früh sprach zu den Versammelten vom Balkon der Krankenkasse der Abgeordnete Sobrowski, der u. a. ausführte, daß jetzt der Kampf zwischen zwei Militärgruppen herrsche und die Zivilbevölkerung dem Kampf fernbleiben müße, auch die Arbeiter müßten fernbleiben, obwohl sie für Piłsudski seien; doch wenn eigene Häuser durften sie nicht unternehmen. Sobrowski rief auf, den Befehlen der PPS, ablosat Gehorsam zu leisten. Nach 5 Stunden auf Piłsudski wurde die Verlesung in Ruhe aufgeführt.“

Nach dem Siege des Staatsstreiches Piłsudski konnte das Piłsudski-Organ, der „Kurjer Poranny“ frohlockend mitteilen:

„Die PPS, unterstützt Piłsudski, da dies den Staatsinteressen entspricht.“

So wurden mit Hilfe der Sozialdemokratie die Arbeitermassen betrogen: Der „sozialen General“, der „soziale General“, der „Freiheitsheld“, der „Kämpfer gegen die kapitalistische Reaktion“ gleichzeitig aber trug die PPS dafür Sorge, daß die Arbeiterschaft sich ja nicht bewaffne und „Kaktionen auf eigene Faust“ unternähme, denn das hätte bedeutet, daß die Arbeiter nicht den Marschall Piłsudski unterstützen, sondern den Kampf um ihre revolutionäre Befreiung vom Joch der Kapitalistenklasse übernehmend geführt hätten.

selbständigen schonungslosen Kampf der Massen gegen Piłsudski und gegen die offene Reaktion zu organisieren.“

Genosse Thälmann enthüllte das Geheimnis des sogenannten Thälmanns und zeigte schon damals den wahren Charakter des Piłsudskismus. Er schrieb: „Eben in der Verbindung dieser konträren Tendenzen liegt die Gefahr der gleichzeitigen Ausnutzung der Freiheitsillusionen der breiten Massen, in der die Richtung der demokratischen Flagge über den weißen Bajonetten besteht der eigentümliche Charakter des Piłsudskismus.“

Während die polnische Sozialdemokratie Piłsudski wieder vorbehaltlos unterstützte und bei der Präsidentenwahl für die Stimme — Piłsudski lehnte die Übernahme der Präsidentschaft später ab, weil sie ihm nicht genügend Machtvollkommenheit bot — schleuderte die kommunistische Partei durch den Mund ihrer Seim-Abgeordneten der Piłsudski-Diktatur den Kampf der Arbeiter und Bauern entgegen.

„Piłsudski ist das Banner der Militärdiktatur und der Kriegsabenteuer, die dem Lande die Drohung einer weiteren Verelendung bringen. . . Nicht die Diktatur des Piłsudski, sondern nur die Diktatur der werktätigen Massen kann Polen aus der heutigen katastrophalen Lage befreien!“

Die kommunistische Partei Polens hat ihren schweren opportunistischen Fehler fortgesetzt. Sie führt einen heldenhaften Kampf trotz blutigster Verfolgung, trotz Standrecht und Kerkerregime gegen die faschistische Diktatur Piłsudski. Sie mobilisiert trotz strengster Illegalität die Arbeiter- und Bauernmassen zu gewaltigen Streiks und Kämpfen. In diesen Kämpfen haben sich die Reihen unserer polnischen Bruderpartei gefestigt. Aus den Lehren der Vergangenheit wurden mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit die Kampfverfahren gezogen. Die PPS aber, auf dem Schultern Piłsudski zur Macht gekommen ist, ist heute, wie damals, ein gefälliges Instrument der faschistischen Piłsudski-Diktatur. Sie würgt die Kämpfe der arbeitenden Massen ab; ja, sie denutzte sogar die revolutionären Kämpfe der politischen Polizei. Sie spart bei der Durchführung dieser Politik nicht mit sozialen und oppositionellen Thesen, und wo ein Streit unermesslich ist, dort stellt sie sich sogar an seine Spitze, um ihn abzuwürgen.

Das deutsche Proletariat muß aus den Erfahrungen seiner politischen Brüder lernen. In Deutschland ist es der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie schwerer möglich, durch ihre Betrugsmasche Illusionen in die Reihen der revolutionären Vorhut des Proletariats zu tragen. Die kommunistische Partei Deutschlands entlarvt rücksichtslos all die Plandörer der faschistischen Machthaber und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer. Sie gerührt den Legendenkranz vom „sozialen General“, der schon in Polen ein für das Proletariat so unheilvolle Rolle gespielt hat. Sie zeigt den Massen, wo zu diese sozialen Thesen, dieser Legendenkranz um den Exponenten der faschistischen Diktatur verbreitet werden um die Illusionen der Massen auszunutzen zu einer Verlesung der faschistischen Diktatur, zur gesteigerten Offenheit der Kapitalisten auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen, zur Herbetsoffenheit gegen die Führerin der Werktätigen in Stadt und Land, gegen die kommunistische Partei. Was der Piłsudski-Diktatur vorübergehend gelungen ist, das muß an der Kampferfahrung des deutschen Proletariats und seiner revolutionären Vorhut scheitern.



Schleicher am Rundfunk

schon nach wenigen Tagen ihren schweren opportunistischen Fehler anerkannt, ihre Stellungnahme grundlegend revidiert und die Arbeiter und Bauern zum Kampf gegen die Piłsudski-Diktatur aufgerufen. Aber die Tatsache, daß es zu Schwankungen kam, zeigt die große Gefahr der Betrugsmasche der Bourgeoisie, die um den Exponenten der faschistischen Diktatur einen Hebel von faschistischen Thesen verbreitete, um den wahren Charakter dieser Diktatur vor den werktätigen Massen zu verschleiern.

Es war der Genosse Thälmann, der sofort auf die Falschheit dieser Ansichten innerhalb der kommunistischen Partei Polens hinwies. Am 30. Mai 1926 veröffentlichte Genosse Thälmann in der „Pravda“ einen Artikel: „Über die Taktik der KPD Polens“, in welchem er die opportunistischen Fehler, die ein Teil der polnischen Genossen damals begangen hat, aufs schärfste kritisierte. Er zog den Schleier von jenen Betrugsmaschen der Bourgeoisie und der polnischen Sozialdemokratie, daß Piłsudski einen „Kampf gegen die Reaktion“ führe. Er schrieb:

„Unter diesen Verhältnissen war es die Aufgabe der kommunistischen Partei: Erstens die Massen der Massen in Bezug auf Piłsudski Kampf gegen die Reaktion“ zu erwecken; zweitens den

RUND UM DEN ERDBALL

Eine Kollektivwirtschaft an der Wolga

Die Entstehung des ersten Kolchos — heute eine feste, blühende Wirtschaft

(Aus dem Brief der Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaft „Erstes Kollektiv“, Deutsche Wolgarepublik.)

Vor fünf Jahren gab es in unserem Dorf Galka 400 Einzelhöfe. Davon hatten 125 nicht einmal eine eigene Ackerwirtschaft, und die Bauern verdienten sich ihr Brot, indem sie sich bei den reichen und wohlhabenden Bauern als Knechte verdingten.

Im Frühjahr 1928 organisierten die Kleinbauern Schmelzer Bernhard, Schäfer, Forger u. a. m. die erste landwirtschaftliche Genossenschaft. Wir gaben ihr den Namen „Erstes Kollektiv“ — „Erster Kolchos“.

Heute ist unser Kolchos eine feste blühende Wirtschaft. Wir deutschen Kollektivbauern leben und arbeiten als vollberechtigte Herren des großen Sowjetlandes und bauen in gemeinsamer froher Arbeit ein neues Leben auf.

Der ganze anbaufähige Boden wird bei uns auch bebaut. Die Anbaufläche beläuft sich auf 5573 Hektar. Weizen ernteten wir dieses Jahr 5,5 Zentner pro Hektar, Roggen 5 Zentner, Gerste und Hafer durchschnittlich 8 Zentner. Die Ernte an Melonen, Tomaten, Kraut und Gartengeräten war dieses Jahr eine gute.

Wir arbeiten in Brigaden, die bereits im Frühjahr organisiert wurden. Eine jede Brigade hat bestimmte Acker, Arbeitsvieh und Inventar zugewiesen bekommen. Unsere Brigaden sind seit dem Anfang der Winterarbeiten gewachsen, daher haben sie sich gut eingearbeitet und die Arbeitsergebnisse waren gute.

Der Führer der vierten Brigade, Heinrich Bruner, ist ein früherer Mittelbauer, und seine Brigade weist die höchste Arbeitsergebnisse auf. Seine Mähmaschinen mähten pro Hektar durchschnittlich 10 Hektar. Beim Schobereisen entfielen pro Kopf durchschnittlich 20 Wagen täglich. Der Kampf gegen Pestilenz war in der Brigade Heinrich Bruners besser organisiert als in allen anderen Brigaden. Auf seinen Feldern blieb keine Acker liegen.

Wir haben eine Schweinezucht. Wir fingen klein an — mit 75 Schweinen, die den Kulaken abgenommen worden waren, und wickelten 75, die wir gekauft hatten. Heute haben wir 400 Schweine, davon 252 Säue und 6 Ferkel der besten Porckörperschaff. Wir haben vier meistergütige, warme Schweinejährlinge. Die Ferkel sind es bei uns keine.

Im vorigen Jahr organisierten wir eine Schafzucht. Sie zählt heute 403 Schafe. Ihr Leiter ist Gottfried Bruner. Sie funktionieren auf, nicht schlechter als die Schweinezucht.

Wir treiben großen Gemüsebau. Von 80 Hektar Gemüseländern ernteten wir 920 Zentner Kartoffeln, 120 Zentner Kraut, 420 Zentner Gurken, 600 Zentner Tomaten, 28.000 Zentner Melonen, 400 Zentner Kürbisse, 268 Zentner Ruttensüben. Unsere besten Strohbräuder des Gemüsebaus sind: Keil, Sturz, Maria Schump, Emma Zeit und Maria Helfer.

Unser Kolchos ist Initiator des Weinbaus in der deutschen Republik. Wir verwandelten brachliegende, karge Felder in blühende Weinärten. Zwei Hektar haben schon die erste Ernte geerntet. Diesen Herbst legen wir weitere acht Hektar Weinärten an, und zehn Hektar sind bereit, nächsten Herbst die Reben zu aufnehmen. Der Lehrer Schild und der Kolchosbauern Bernhard sind die Organisatoren und die eifrigsten Helfer des Weinbaus.

Das ist unsere Wirtschaft. In diesem Jahr heimten wir gute Ernteböden ein, und zwar ergab der Ackerbau einen Bruttoertrag

von 304 334 Rubel, Davon 8325 Rubel, der Gemüsebau 104 893 Rubel, die Viehzucht 11 317 Rubel.

Auf dem Kolchosmarkt verkauften wir Produkte im Werte von 70 000 Rubeln und beschafften dafür Industriewaren im Werte von 31 000 Rubeln, davon allein an Manufaktur 8437 Meter. Das ist aber noch nicht alles. Wir organisierten auch Hilfsbetriebe, so eine kleine Ziegelei, die bereits 205 000 Ziegelsteine im Werte von 25 000 Rubel hergestellt hat. Ferner liechten wir Körbe und haben bereits für 214 500 Rubel Ware an den Altchakaner Fischereistruß verkauft. 36 000 Rubel ergab die Herstellung von Fellen aus Fellen für dieses Geld wollen wir 50 Pferde kaufen. Wir haben uns auch eine eigene Flotte zu-

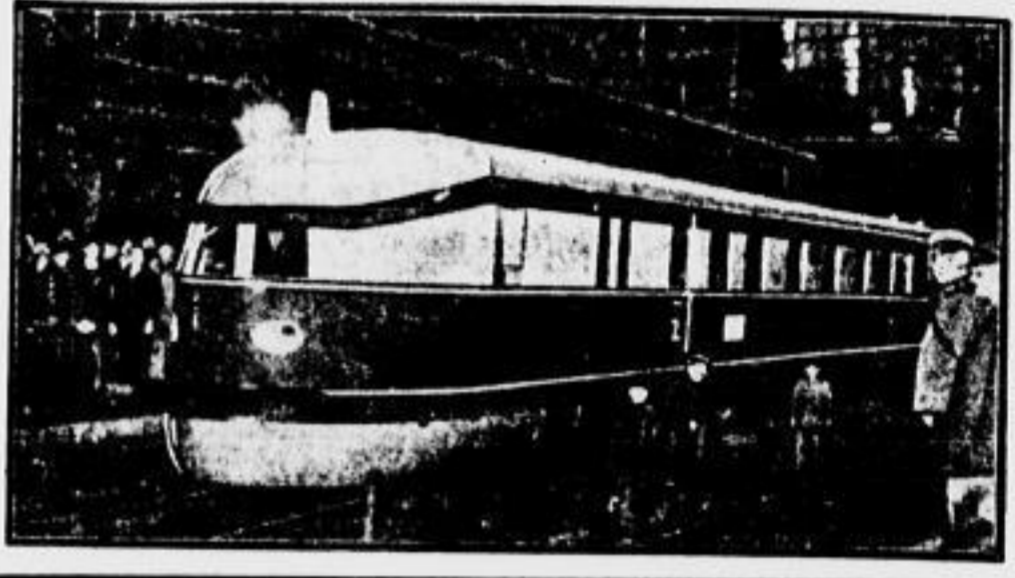
gelegt: Zwei Motorboote und drei Fischereimotorboote. In der heutigen Saison erzielten wir eine Einnahme von 30 000 Rubeln aus der Fischerei. Außerdem verdienten wir durch Fuhren 5000 Rubel.

So steigt der materielle Wohlstand unserer Mitglieder. Ehemalige Knechte und arme Bauern, die einst von den Kulaken auf rücksichtslosste ausgebeutet wurden, brauchen jetzt nicht mehr zu hungern, sie haben übergenug Getreide und andere Lebensmittel und fühlen sich als volle Herren ihrer kollektiven Wirtschaft.

Auch auf kulturellem Gebiet geht es mit jedem Jahre vorwärts. Jede Brigade hat ihre Rote Erde, ihre Bücher, ihre Wandzeitung und Zeitungskorrespondenten. Alle kollektiven abonnierten Zeitungen. In den besten Brigaden funktionierte im Sommer das Radio. Die Kollektivwirtschaft hat einen eigenen Kinoapparat, mit dessen Hilfe in den einzelnen Brigaden Aufführungen veranstaltet werden. Wir haben ein „Haus der Kollektivkultur“ errichtet. Wir haben eine eigene Theaterkapelle aus 18 Mann, einen Theaterzirkel und eine lebende Zeitung.

Die erste Fahrt des Schnelltriebwagens Berlin—Hamburg

Der neue Schnelltriebwagen der Strecke Hamburg — Berlin ist jetzt zu seiner ersten Fahrt gestartet, die er in der neuen Rekordzeit von knapp zwei und einer halben Stunde zurückgelegt hat.



Reparationsmedikamente für Rumänien

97 Millionen Besetzungsgelder — Wohin die aus den Knochen der Arbeiter gepressten Reparationen verschwinden

Wie eine Berliner Mittagszeitung meldet, ist man einer ungeheuren Korruptionsgeschichte auf die Spur gekommen. Es handelt sich um eine Affäre zwischen Berlin und Bukarest, die einen interessanten Einblick in das Gebaren mit Reparationen und Reparationsgeldern gewährt.

Bekanntlich hat Deutschland jahrelang an die verschiedenen Balkanstaaten — außer den ungeheuren Summen, die jährlich an Frankreich abgeführt wurden — Sachwerte als Reparationen geliefert. Auf Grund dieser Reparationen wurden den Arbeitern fortwährend die Löhne gekürzt, wurde die Arbeitszeit verlängert. Deutschland, so hieß es, ist ein armes Land, muß Reparationen zahlen, und deswegen müssen alle Schichten der Bevölkerung Opfer tragen. Diese Ansicht war Gemeingut der Thälens und Co. sowie der Gewerkschaftsführer. In dieser Beziehung, so hieß es, gebe es keinen Unterschied zwischen Unternehmern und Arbeitern. Alle tragen auf ihren Schultern die schwere Last der Reparationen.

Nun ist man einer Korruptionsschleife auf die Spur gekommen. Es hat sich folgendes herausgestellt: Eine deutsche Firma,

die an Rumänien solche Sachwerte zu liefern und von der deutschen Regierung dafür bezahlt zu werden pflegte, hat an die rumänische Firma nicht weniger als 97 Millionen Besetzungsgelder gezahlt, damit diese Firma ihr reich viel Sanitätsware als Reparationen abnimmt. Man kann sich schon ungefähr vorstellen, was dieser „arme“ deutsche Unternehmer an dieser „Last der Reparationen“ verdienen mußte, wenn er in der Lage war, allein 97 Millionen Besetzungsgelder zu zahlen. Ungeheure Millionen haben diese Unternehmer sowohl in Deutschland als auch in den Ländern, an die die Sachwerte geliefert worden sind, verdient, während man die deutschen Arbeiterjahre das Mark aus den Knochen preßt.

Ja, die deutschen Unternehmer waren daran interessiert — wie dieser Fall zeigt —, je mehr zu liefern, um desto mehr zu verdienen. Man zahlte sogar ungeheure Besetzungsgelder, um recht viele Werte nach Rumänien, Jugoslawien und den anderen Ländern zu verschleppen. Das war die Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die einen verdienten, die anderen zahlten.

Die Halben brennen

Erstleung, 20. Dezember. Auf den Halben der deutschen Kohlenbezugs liegen seit Monaten riesige Bestände an Brennmaterial. Seit Freitag steht die große Bergstraße der Zeche „Solln-Jacobs“ in Hülsholen in Flammen. Dichte Rauchwolken steigen empor und lagern über der ganzen Gegend.

Etwa 120 Arbeiter sind zunächst damit beschäftigt, den Herd des Brandes zu löschen, damit die Kohlarbeiter nicht in Angst genommen werden können. Gegenwärtig wird das Wasser aus zahlreichen Schlauchleitungen von der Zeche aus in die Halde hineingetrieben. Wann es gelingen wird, den Brand zu löschen, ist noch völlig ungewiß, da man bisher keine Anhaltspunkte über die Ausgangsstelle des Feuers hat.

Und die Arbeitsschichten fester, weil sie keine Kohlen kaufen können!

SA-Heim als Diebesnest

Sagen, i. W., 20. Dezember. Wie erst jetzt bekannt wird, ist in der Nacht zum Sonntag eine überraschende polizeiliche Durchsuchung des SA-Heims in Holmarkein vorgenommen worden, da man in Erfahrung gebracht hatte, daß die Invasoren des Heims zahlreiche Diebesfährten ausgeführt haben.

Bei der Durchsuchung wurden vier SA-Leute verhaftet; bei einem von ihnen wurde unter dem Kopfkissen eine mit acht Patronen geladene Mauerpistole vorgefunden.

Die Verhafteten legten bereits ein umfassendes Geständnis ab. Sie gaben zwei Einbruchdiebstähle zu, die sie in der vergangenen Woche verübt haben, ferner gestanden sie, einen dortgekauften Raubüberfall auf die Kassiererin eines Holmarkeiner Geldäfts geplant zu haben, der durch ihre Teilnahme vereitelt wurde. Die Kassiererin war mit den SA-Leuten im Zuge, der Plan sollte noch in dieser Woche zur Ausführung kommen.

Auf das Konto der Verhafteten kommt auch ein Einbruchdiebstahl in die Kontorräume einer Brennstoffverarbeitungsellschaft und zwei Kohlenfahrlähle.

Bessere Geständnisse stehen noch bevor.

Lustmord an dreijährigem Kinde

In der Nähe von Götting bei Borna wurde am Sonntag früh die Leiche des drei Jahre alten Töchterchens eines Arbeiters aus Götting von den eigenen Angehörigen aus der an dem Ort vorbeifließenden Bietsche gezogen. Das Kind war am Tag vorher vom Hause fortgelaufen und einem Unbekannten in die Hände gefallen, der es, nachdem er sich an ihm vergangen hatte, ertränkte und die Leiche in die Bietsche geworfen hatte.

Die Traktorenproduktion in der UdSSR.

Moskau, 20. Dezember. Nach amtlichen Berichten hat der Traktorenbau in der Sowjetunion eine Entwicklung genommen, die die Erwartungen sogar noch übersteigt. In Betrieb sind insgesamt acht Kraftwagen- und Traktorenwerke, während ein neuntes sich im Bau befindet. Der Kraftwagen- und Traktorenbau beschäftigt zur Zeit etwa 100 000 Arbeiter. Im Jahre 1932 sind 27 000 Kraftwagen und etwa 50 000 Traktoren auf den Markt gekommen. In den vier Jahren der Geltung des Fünfjahresplanes sind 100 000 Traktoren dem Betrieb übergeben worden. Amtlichseits wird festgestellt, daß die Sowjetunion in der Traktorenherstellung bereits die Vereinigten Staaten überflügelt und den ersten Platz in der Welt eingenommen habe.

Entsetzliches Flugzeugunglück bei Paris

Paris, 20. Dezember. Ein schweres Flugzeugunglück, dessen Folgen noch nicht abzulesen sind, und das bis zur Stunde zwei Tote und zehn Schwerverletzte forderte, ereignete sich am die Mittagszeit in Nanterre, einem kleinen Ort unweit Paris. Ein Militärflugzeug stürzte aus bisher unbekannter Ursache auf ein Haus, wobei der Flugzeugführer explodierte und das Gebäude und der Apparat in Flammen geriet. Die beiden Insassen des Flugzeuges verbrannten bei lebendigem Leibe, während zehn Bewohner des Hauses zum Teil schwere Verletzungen erlitten.

Ein Kind bei lebendigem Leibe verbrannt

Aus Salzburg wird gemeldet: In der Wohnung des Sagerwerkarbeiters Josef Kettnerger in Alsfahrt bei Vornbergen ereignete sich Freitag ein entsetzliches Unglück. Der 19 Monate alte Sohn Matthias spielte in der Nähe des Ofens und plötzlich gerieten seine Kleider durch herausfallende Glut in Brand. Im Nu fand das Kind in hellen Flammen. Der Mutter gelang es zwar, die Flammen zu erlöchen, doch starb das Kind noch in der Nacht vom Freitag auf Samstag.

Wima (Peru), 19. Dezember. Eine arheimsvolle Seuche, möglicherweise das gelbe Fieber, wütet unter den indischen Farmern des Laro-Tales nahe bei Cuzco. 300 Menschen sind der Seuche bereits erlegen.

Aus aller Welt

Grippewelle in USA

Washington, 20. Dezember. Nach einer Mitteilung des Gesundheitsamtes der Vereinigten Staaten hat sich die Grippewelle, die sich von der Pazifischen Küste her ausgebreitet hat, in den südlichen Staaten zu einer schweren Epidemie entwickelt. Allein in der ersten Dezemberwoche sind in 89 Städten nicht weniger als 807 Personen an Grippe und darauf zurückzuführende Lungenerkrankung gestorben. In den Staaten des Ostens und des mittleren Westens soll die Epidemie dagegen langsam abnehmen.

Die zweite Fahrt des Schnelltriebwagens

Berlin, 20. Dezember. Der neue Schnelltriebwagen der Reichsbahn, der sogenannte „Allegende Hamburger“, hat am Dienstag früh 8 Uhr seine zweite Versuchsfahrt nach Hamburg angetreten. Die Rückfahrt nach Berlin wird ebenfalls zu der gleichen Zeit wie am Montag stattfinden. Auch an der heutigen Fahrt nehmen nur Fachleute teil.

Capones Nachfolger erschossen

Frank Ritti, der Nachfolger Al Capones als König der Unterwelt, wurde bei einem Gefecht mit der Polizei, das mit Maschinenpistolen ausgetragen wurde, tödlich verwundet, als er von Geheimpolizisten in einem Bürohaus festgenommen werden sollte.

Auf der verlassenen Landstraße bei Radesheim blieb ein Personkraftwagen mit einem Lastzug zusammen. Die drei Insassen des Personkraftwagens wurden schwer verletzt.

Ueber das Schicksal der 28 Mann starken französischen Film-Expedition, die sich im November auf der Jagd „Sita“ nach Südamerika eingeschifft hatte, berichtet noch immer Ungewißheit. Die letzte Nachricht von der Expedition stammt vom 3. Dezember.

Der Sohn des berühmten Wiener Komponisten Franz Strauß, Erwin Strauß, hat am Montag in einem Hotel Monaco einen Selbstmordversuch verübt, indem er eine starke Dosis Schlafmittel zu sich nahm. Der Zustand des 22-jährigen Menschen ist sehr ernst.